Bezugspreis
Für Halle vierteljährlich bei zweimaliger Zustellung 2,50 Mk., durch die Post 3,25 Mk., ausschl. Zustellungsgebühr. Bestellungen werden von allen Reichspostanstalten angenommen.
Im amtlichen Zeitungs-Verzeichnis unter „Saale-Zeitung" eingetragen.
Für unverlangt eingehende Manuskripte wird keine Gewähr übernommen. Nachdruck nur mit Quellenangabe „Saale-Ztg." gestattet.
Fernsprecher der Schriftleitung Nr. 1240; der Anzeigen-Abteilung Nr. 176; der Abonnements-Abteilung Nr. 1133.

Morgen-Ausgabe.

Saale-Zeitung.

Achtundvierzigster Jahrgang.

Anzeigen
werden die 6 gespaltene Kolonelzeile oder deren Raum mit 80 Pfg., solche aus Halle mit 20 Pfg berechnet und in unseren Annahmestellen und allen Anzeigen-Geschäften angenommen. Reklamen die Zeile 75 Pfg. für Halle, auswärts 1 Mk.
Erscheint täglich zweimal.
Sonntags und Montags einmal.
Schriftleitung und Haupt-Geschäftsstelle: Halle, Gr. Brauhausstraße 17
Nebengeschäftsstelle: Markt 24.

Nr. 13. **Halle, Freitag, den 9. Januar** **1914.**

Der preußische Staatshaushalt für 1914.

Von Dr. W. Wendlandt,
Mitglied des Abgeordnetenhauses.

In unserer Besprechung der Thronrede wiesen wir darauf hin, daß die Thesaurierungspolitik des preußischen Finanzministers in einer Zeit wirtschaftlichen Rückganges große Bedenken hat. In nachfolgendem Artikel bekennt der nationalliberale Abgeordnete Dr. Wendlandt in seiner Kritik des preußischen Etats sich zu der gleichen Ansicht. Auch im übrigen deckt sich seine Kritik mit den Ausstellungen, die auch wir schon gegenüber der Schilderung der Finanzlage in der Thronrede geltend gemacht haben. D. Red.

I.

Dem Reichstage waren bei den großen Steuerdebatten vom Juni und Juli 1913 amtliche Nachweise über die Steuerbeträge der einzelnen Staaten, die einen ungefähren Vergleich zulassen, in einer Regierungsdenkschrift unterbreitet worden. Hiernach errechnete man, daß auf den Kopf der Bevölkerung in Deutschland eine Gesamtbelastung an Steuern im Betrage von 62,75 Mk. entfällt, in Frankreich 96,09 Mk., in Großbritannien sogar 106,07 Mk. Die direkten Steuern betragen auf den Kopf in Deutschland 30,89 Mk., in England 59,27 Mk. und in Frankreich 27,05 Mk. Verbrauchssteuern und Zölle belasten den einzelnen in Deutschland nur mit 23,78 Mk., in England mit 30,65 Mk. und in der französischen Republik mit 44,95 Mk. Bemerkenswert ist, daß die direkte Steuer auf den Kopf, von der wir in Preußen leben, in Deutschland schon höher ist als in Frankreich. Es darf auch nicht fortgesetzt mit dem Trugschluß gearbeitet werden, als ob die geringere Gesamtbelastung in Deutschland gegenüber den beiden genannten Staaten, die über weit größeres Volksvermögen verfügen, die Möglichkeit böte, in Deutschland die Steuerschraube andauernd arbeiten zu lassen.

Am wenigsten trifft das für die preußische Finanzverwaltung zu. Das Deutsche Reich leidet an dem Uebelstande, daß es keine einheitliche Finanzhoheit bildet, sondern in sich einige zwanzig bundesstaatliche Finanzhoheiten birgt, die dem Grundsatz huldigen: „Alles für uns, nichts für das Reich." Hieraus folgt eine fortgesetzte Drangsalierung des deutschen Steuerzahlers von zwei Seiten, vom Reich und vom Bundesstaat. Die finanzielle Konkurrenz des Reiches mit den einzelnen Staaten beginnt allmählich ein unhaltbarer Zustand zu werden; um so mehr, wenn die Finanzminister der einzelnen Bundesstaaten zum Teil lebhafte Klage erheben, daß neuerdings das Reich einmal, wie beim Wehrbeitrag und bei der Reichsvermögenszuwachssteuer, in ihre ängstlich gehüteten Kreise eingegriffen habe. Indirekt ist auch der preußische Finanzminister kaltlächelnd an den Bedürfnissen des Reiches vorübergegangen, indem er keinerlei Entlastung des preußischen Steuerzahlers auch nur in Erwägung gezogen hat. Er hat die ihm eigentlich nur für drei Jahre (1909—1912) zur Deckung für die Mehrausgabe aus der Besoldungsordnung bewilligten Steuerzuschläge stillschweigend beibehalten und nicht nur den preußischen Etat mit 4,846 Milliarden Mark ohne Anleihe balanziert (gegen 4,595 Milliarden im Jahre 1913), sondern auch den höheren Anforderungen der einzelnen Ministerien sowohl bei den ordentlichen wie den einmaligen und außerordentlichen Ausgaben mit auffälliger Freigiebigkeit entsprochen: nicht weniger als rund 41 Millionen Mark mehr als im Jahre 1913 sind den preußischen Ressorts für Verwaltungs- und Kulturausgaben in 1914 zur Verfügung gestellt worden.

Man vergleiche dagegen die verhältnismäßig geringe Summe von 33,9 Mill., 84,40 Pfg. auf den Kopf der preußischen Bevölkerung, die dem Reiche an ungedeckten Matrikularbeiträgen zufallen sollen, — noch weniger als im Jahre 1913 (587 864); man vergleiche damit die vorgesehenen Besoldungsverbesserungen für einzelne Beamtenklassen mit 19,3 Mill., wovon 15,5 Mill. allein an Eisenbahnbeamte fallen; man vergleiche, daß nur eine Million mehr an Altpensionäre und Witwen und Waisen aufgewendet worden ist (im ganzen 6,5 statt 5,5 Mill.), ohne diesen den vom Abgeordnetenhaus immer wieder geforderten Rechtsanspruch auf eine Erhöhung ihrer Bezüge einzuräumen; man vergleiche damit auch die 2,55 Mill. Mehrzuwendung an pensionierte Volksschullehrer und Lehrerinnen. Andererseits erleidet der preußische Etat durch die teilweise Aufhebung der Reichszuwachssteuer nur einen Verlust von 500 000 Mk., aus der abgeänderten Reichserbschaftssteuer nur 870 000 Mk., und aus Anlaß des Reichsstempelsteuergesetzes vom Juni 1913 wird der Ausfall von 13 Mill. Mk. an Stempelabgaben von Gesellschafts- und Versicherungsverträgen für das Jahr 1914 vom Reich auch noch wiedervergütet. Preußen gibt also im Jahre 1914 an das Reich nur 1,37 Mill. Mk. mehr ab, ein Betrag, der sich aber infolge des geringeren Matrikularbeitrages (587 864) noch auf 782 136 Mk. vermindert. Das ist alles, was Preußen, der bestfundierte Staat der Welt, der an Eisenbahn-, Bergwerks-, Domänen- und Forstbesitz reichste Bundesstaat, für das Reich tut, während er gleichzeitig seine eigenen Ressortausgaben um 41 Mill. Mk. erhöht, 45 Mill. aus dem Ausgleichsfonds der Eisenbahnverwaltung für über die Grenze von 1,15 Proz. des statistischen Anlagekapitals hinausgehende Baubedürfnisse entnimmt, also rund 85 Mill. Mk. mehr für seine bundesstaatlichen Zwecke verwendet. Preußen wird demnach über 85mal mehr bedacht als das Deutsche Reich, das noch nicht einmal eine Million Mark mehr erhält. Außerdem will sich der preußische Finanzminister noch das Recht sichern, zur vorübergehenden Verstärkung der Mittel der Generalstaatskasse, deren Betriebsfonds 133 497 000 Mk. beträgt, Schatzanweisungen bis zur Höhe von 100 Mill. Mk. ausgeben zu dürfen. Mit der Anspannung des Geldmarktes durch den größten Bundesstaat wird wieder ein Druck auf den Kursstand der Reichsanleihen verbunden sein, wie denn überhaupt in der Konkurrenz der Anleihenehmer (dem Reiche, den einzelnen Bundesstaaten, den städtischen und ländlichen Kommunen usw.) die Ursache des Tiefstandes sowohl der Reichs- wie preußischen Staatspapiere zu suchen ist. Daran hat auch das gefährliche Experiment der zwangsweisen Heranziehung der Sparkassen- und Sozietätsgelder für den Ankauf von preußischen Papieren, wie vorgesagt worden ist, nichts geändert, als nur, daß eine große Zahl von Sparkassen sich genötigt sieht, ihren Zinsfuß zu erhöhen, um ihren Kundenkreis nicht zu verlieren, mithin weniger verdienen und weniger in Staatspapieren anlegen können. An 12,432 Milliarden der Sparkasseneinlagen in Preußen bis Ende 1912 haben die preußischen Sparkassen nach Ausweis der „vorläufigen Ermittelungen" des „Preußischen Statistischen Landesamtes" einen Gesamtkursverlust von 270 Mill. Mk. gehabt, an Hypotheken dagegen nur 280 000 Mk. Diese 270 Millionen sind mittelbar auch der Tasche des Steuerzahlers entzogen worden, ohne den Staatsfinanzen einen greifbaren Dienst zu erweisen. Die Finanzpolitik Preußens verdient deshalb ebensowenig Bewunderung wie seine Steuerpolitik; denn zum mindesten hätte der Finanzminister einen Weg zum Abbau der Steuerzuschläge von 1909 vorschlagen sollen, um damit den preußischen Steuerzahler zu entlasten und ihn indirekt für die großen Anforderungen des Reiches, die nunmehr auch im Wehrbeitrag und in der Reichsvermögenszuwachssteuer bestehen werden, leistungsfähiger zu machen. Auch hat der Finanzminister dem immer lauter werdenden Hilferuf der mittleren Kommunen, die jetzt schon 250 bis 300 Prozent Steuerzuschläge erheben, um im wesentlichen nur ihren Schullasten gerecht werden zu können, ungehört verhallen lassen; ungehört geblieben sind auch die dringenden Notrufe überlasteter Komunalverbände.

*

Oberst v. Reuter vor dem Kriegsgericht.

Straßburg, 8. Januar.

Vor Beginn der heutigen Verhandlung, über die wir bereits kurz berichteten, wurde im Gerichtssaal lebhaft die Meldung eines Straßburger Blattes besprochen, wonach ein Oberkriegsgerichtsrat vom 15. Armeekorps sich dahin geäußert haben soll, heute werde Oberst v. Reuter **freigesprochen** werden, und am nächsten Freitag **werde er den vom Kriegsgericht wegen Waffenmißbrauchs und Körperverletzung** zu 43 Tagen Gefängnis verurteilten Leutnant von Forstner **in der Berufungsinstanz ebenfalls freisprechen.** — Dem Kriegsgericht gehen andauernd Telegramme zu. Unter anderem hat der Vorsitzende des Schöffengerichts Zabern Amtsrichter Brandt seine Vernehmung beantragt, weil Oberst v. Reuter gegen das Gericht den Vorwurf erhoben hatte, dieses habe sich bei Wahrnehmung von Interessen der Mitglieder des Regiments anläßlich eines Prozesses lässig erwiesen. — Die Fabrik Zornhof verwahrt sich dagegen, daß in ihrem Betriebe Belohnungen für Radaumachen ausgesetzt worden seien; die Fabrikleitung bittet um Vernehmung. — Der Gerichtshof lehnt in beiden Fällen die Ladung als für die Beweisaufnahme unerheblich ab.

Als erster Zeuge erscheint heute Major Uhde. Er hält die Maßnahmen der Zaberner Polizei im ganzen für unzulänglich. Der Wachtmeister Schmidt habe ihm erzählt, sie hätten Befehl gehabt, nicht zu scharf vorzugehen. — Wachtmeister Schmidt gibt die Möglichkeit zu, das gesagt zu haben, es war das aber zu einem anderen Zeitpunkt, als Major Uhde annehme. Im übrigen habe durch den Kreisdirektor

keine Beeinflussung von Zeugen

stattgefunden. Was seine Kollegen als eine von ihm gefallene Aeußerung darstellten, sei unwahr. Bei den Tumulten wurde der Zeuge selbst von einem Steinwurf getroffen. Viele Personen seien wegen Unfugs und Beleidigung von Offizieren zur Anzeige gebracht und bestraft worden. Ein Kollege von ihm habe einen Steinwurf an den Helm erhalten; der Täter konnte in der Menge nicht ausfindig gemacht werden. Meist entstanden die Aufläufe durch Neugierige. In dem Promenieren der Offiziere durch die Stadt hätten er und seine Kollegen nichts Provozierendes erblickt, dagegen hätte sich die Bevölkerung darüber aufgeregt. Die Ansammlungen waren mehere hundert Personen stark und setzten sich in der Hauptsache aus Frauen und Kindern zusammen. Wenn Polizei in der Nähe war, da, wo sich Ansammlungen zeigten, war die Polizei auch stark genug, die Offiziere zu schützen. Der Leutnant v. Forstner wurde, wenn er sich auf die Straße begab, durchaus geschützt. — Zeuge Wachtmeister Steiner gibt zu, daß Zurufe erfolgten, wenn wegen Belästigungen von Offizieren das Einschreiten der Polizei erfolgte. — Gendarm Schmidt bestreitet, daß Weisungen von der Kreisdirektion ergangen seien, nicht zu schneidig vorzugehen. — Ein Hauptmann schildert das Vorgehen der hinter den Offizieren demonstrierenden Menge derartig, als ob sich

Polizisten und Gendarmen als dazu gehörig

betrachteten.

Zeuge Major Rave, der Kommandeur über die bereitgestellten Truppen, hielt das Verhalten der Gendarmen für völlig ungenügend. Bei den Aufläufen wurde das System verfolgt, die Kinder vorzuschicken; dahinter kamen dann die Erwachsenen. Der Feuerwehrkommandant ließ sich dem Major gegenüber, der übrigens von der Menge nicht belästigt wurde, dahin aus, daß es

kein Vergnügen sei, gegen seine Mitbürger vorzugehen.

Der Distriktshauptmann äußerte sich dahin, daß es nach den Vorschriften gänzlich unzulässig wäre, die Gendarmen unter den Befehl des ältesten Polizisten zu stellen. Kreisdirektor Mahl bemerkte hierzu, daß der Gendarmerie-Oberwachtmeister sich ohne Widerspruch unter das Kommando seines älteren Kameraden gestellt habe, der früher selbst Gendarm war. Im übrigen hat der Zeuge selber das Kommando geführt. Das Gerücht, er habe die Weisung gegeben, nicht zu scharf vorzugehen, sei jedenfalls durch einen Irrtum entstanden. — Die Offiziere bleiben bei ihren Behauptungen über die Aeußerungen betreffend das Vorgehen der Gendarmen. — Der Distriktsoffizier äußert sich dann zu den Bestimmungen, wonach die Gendarmen als Unterstellte der Zivilbehörden den Versetzungsanträgen derselben unterliegen, die auch in diese Angelegenheit hineinspielen und die die Gendarmerie in eine gewisse Unentschlossenheit bei ihren dienstlichen Handlungen brachten. — Es entspinnen sich hierüber lange Auseinandersetzungen, in denen zutage tritt, daß sich

Zivil- und Militärbehörden schroff gegenüberstehen.

Die Gendarmen bleiben bei ihren widerspruchsvollen Aussagen. — Nach nochmaliger Ermahnung erfolgt ihre Vereidigung.

Hierauf gelangt eine Zusammenstellung der Veröffentlichungen im „Zaberner Anzeiger" zur Verlesung, worauf die Beweisaufnahme für geschlossen erklärt wird.

Die im Range niedriger als Oberst v. Reuter stehenden Zeugen werden entlassen.

Der Vertreter der Anklage Kriegsgerichtsrat Ossander gab in seinem

Plädoyer

zunächst eine chronologische Schilderung der Vorgänge. Leutnant v. Forstner hatte die Aeußerung über die Wackes getan. Während die Aeußerung in die Presse kam, befand sich der Leutnant außerhalb. Als er am 2. November in seine Garnison zurückkehrte, erfuhr er, daß die Sache böses Blut machte. Nach weiteren hetzerischen Zeitungsartikeln wurde der Leutnant Gegenstand von Belästigungen, Beleidigungen und Schmähungen. Man warf ihm die Fenster ein und beabsichtigte ihn zu überfallen. Die zunehmenden Tumulte veranlaßten den Obersten zum Eingreifen. Seine Ansprache an die Leute wurde aber nicht gehört. Als Forstner nach einem Krankenbesuch in Begleitung eines befreundeten Assistenzarztes über die Straße ging, wurden die Offiziere verhöhnt und bedroht. Die Tumultuanten seien aber nicht nur Kinder und halberwachsene Burschen gewesen, sondern auch erwachsene Männer. Als zwei Offiziere am hellen Tage sich auf der Straße befanden, wurden sie von einer großen Menge nicht nur pöbelhaft beleidigt, sondern auch mit Steinen beworfen. Ein andermal wurde Leutnant von Forstner von einer Menschenmenge, die vor seiner Wohnung stand, belagert. Die Gendarmen standen untätig davor und als ein Major, der übrigens nicht belästigt wurde, herunterging und von den Gendarmen ein festes Eingreifen verlangte, erwiderte man ihm, sie hätten Weisung von der Kreisdirektion, nicht allzuscharf einzugreifen. Inzwischen amüsierte sich die Menge auf Kosten des Leutnants von Forstner. Mit den Polizisten wurde Unfug getrieben. Aber diese Vorgänge zeigten ein Janusgesicht: tagsüber heiter und abends ernst. Man erlebte es, daß die Menge sich nicht mehr leiten ließ, sondern gegen die Sicherheitsorgane mit Steinen vorging. Der Anklagevertreter beschäftigte sich weiter mit den die schwersten Exzesse bestätigenden Veröffentlichungen des „Zaberner Anzeigers". Die Kinder wurden aufgehetzt, hinter den Offizieren herzuschreien, es wurde Radau gemacht, geschossen, Frösche wurden losgebrannt. Die Gendarmerie stieg zu Pferde und suchte Ordnung zu schaffen. Der Oberst hatte der Zivilbehörde mitteilen lassen, daß seine Offiziere belästigt würden und daß keine Polizei für ihren Schutz sorge. Der Kreisdirektor sagte Verwendung der Sicherheitsorgane zum energischen Schutz der Offiziere zu; das Bürgermeisteramt erließ einen Aufruf zur Ruhe. Dennoch wurden auch jetzt noch Offiziere und Unteroffiziere mit Steinen beworfen. Die größte Schuld an den Vorgängen hatten die Veröffentlichungen des „Zaberner Anz.". Nach den Aeußerungen des Leutnants v. Forstner über die Fremdenlegion wurde dieser vom Pöbel, den ich streng von der anständigen Bürgerschaft unterscheide, schwer beleidigt. Es gelang nie, die Beleidiger zu fassen, die Offiziere waren beinahe für vogelfrei erklärt. Auch die Polizei nahm sie nicht in Schutz. Am 26. November erfolgten Beleidigungen der aus der Turnstunde kommenden Offiziere. Es ertönte die Aufforderung, die Offiziere in den Kanal zu werfen. An jenem Abend war Leutnant Schadt besonders Gegenstand der Beleidigungen. Er beschwerte sich bei Oberst v. Reuter und dieser gab ihm eine Patrouille mit. Von der Patrouille wurden zwei Schreier aus der Menge herausgegriffen. Das Vorgehen der Demonstranten war immer dasselbe. Sie johlten und schrien, und wenn sich die Offiziere umdrehten, machten sie ein unschuldiges Gesicht. Bei diesem Benehmen wurde einmal aus einer Gruppe heraus der Bankbeamte Kahn ergriffen, der nach Zeugenaussagen gelacht hat. Die Polizei stand den Demonstranten gegenüber machtlos da. Als einmal die Offiziere aus der Turnhalle kamen, wurden sie von Burschen, die sich vor der Turnhalle schon vorher unliebsam bemerkbar gemacht hatten, ausgepfiffen. Der Pfiff wurde auch von anderer Seite aufgenommen, es lag also Organisation in der Sache. Einen beleidigenden Zuruf beantwortete ein Offizier damit, daß er einen Schreier fest-

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-848334-19140109016/fragment/page=0001

nehmen ließ. Während die Sachlage bisher klar ist, haben sich von da ab die Meinungen geteilt, ob es nötig war, daß das Militär einschritt oder nicht. Es standen sich hier zwei Ansichten diametral gegenüber, und es war Aufgabe der Hauptverhandlung, diese Frage aufzuhellen und zu beantworten. Die einen Zeugenaussagen gingen dahin, daß Menschenmengen auf der Straße waren, andere Zeugen bezeichneten die Straßen als menschenleer.

Der Anklagevertreter schildert sodann in eingehender Weise die Vorgänge an den folgenden Tagen. Es ergab sich nun die Frage, ob die Maßnahmen des Kreisdirektors genügten oder nicht. „Ich möchte", so sagte Dr. Ossiander, „die Frage bejahen unter der Voraussetzung, daß eine Kontrolle über die Polizei ausgeübt wurde und sie auch ihre Pflicht und Schuldigkeit in vollem Maße erfüllte."

Der Anklagevertreter kam nun auf die Haltung des „Zaberner Anzeigers" zu sprechen. Er sei überzeugt, daß Redakteur Wiebecke ein großer Teil der moralischen Schuld für die Vorkommnisse in Zabern treffe. Er sei gleichsam der Regisseur der Verhandlungen gewesen. Als der Oberst, der am 12. November beurlaubt war, am 17. November die Führung des Regiments wieder übernahm, hätten die hetzerischen Artikel wieder eingesetzt. Der Pöbel, fuhr der Anklagevertreter fort, machte sich erneut bemerkbar. Ich sage mit Absicht Pöbel, weil ich die gute Zaberner Bevölkerung nicht für fähig gehalten habe, sich an derartigen Demonstrationen zu beteiligen. Es waren meist halbwüchsige Burschen, die Freude am Spektakel hatten. Bisher war von seiten der Offiziere nichts geschehen, um sich der Schmähungen zu erwehren. Man muß sich aber fragen: Hatte denn die Bevölkerung ein Recht, sich an den Offizieren in dieser Weise auszulassen? Waren denn die Offiziere vogelfrei? Weder durch die Polizei noch von der Gendarmerie wurden sie geschützt. Aus allem, was wir hörten, schließe ich, daß System in der Handlungsweise der Unruhestifter war. „War nun das Einschreiten des Militärs berechtigt? Hat diese Hauptverhandlung darüber Klarheit geschaffen? Diese Frage habe ich heute dem Gericht vorzulegen. Der Redner würdigt dann eingehend die einzelnen Zeugenaussagen. Der Anklagevertreter kommt zu dem Schlusse: Nachdem die Polizei versagt hatte, war Oberst v. Reuter der vollen Ueberzeugung, daß es Pflicht und Ehre gebiete, die angegriffene Ehre und das geschädigte Ansehen der Offiziere wieder herzustellen. Er hielt sich berechtigt, am 28. November an Stelle der ausständigen Zivilgewalt zu treten. Damit entfällt das Bewußtsein der Rechtswidrigkeit. Es galt, dem tatsächlich unwürdigen Zustande ein Ende zu bereiten. Daß

Mißgriffe in der Ausführung der Befehle

vorgekommen sind, ist angesichts der Situation begreiflich. Die Anklage, daß sich Oberst v. Reuter die Exekutivgewalt angemaßt habe, läßt sich nicht aufrechterhalten. Ich beantrage daher in diesem Punkte die Freisprechung. Anders steht es mit der Anklage wegen Freiheitsberaubung. Hier beantrage ich sieben Tage Gefängnis. Der Angeklagte durfte die Sistierten nicht länger zurückhalten, nachdem ihm Regierungsamtmann Großmann bestimmt versichert hatte, daß er weiterhin mit allen ihm zu Gebote stehenden Mitteln für die Aufrechterhaltung der Ordnung sorgen werde. Der Oberst hatte jetzt nicht mehr die Gewalt in den Händen.

Die Anträge.

Gegen Oberst v. Reuter beantragte daher der Anklagevertreter, wie bereits gemeldet, 7 Tage Gefängnis, gegen Leutnant Schadt drei Tage Gefängnis, weil er es für erwiesen halte, daß Leutnant Schadt den Zeugen Kormann auf die Backe geschlagen hat. Von der Anklage der Freiheitsberaubung und des Hausfriedensbruchs sei Leutnant Schadt freizusprechen.

Die Urteilsverkündung auf Sonnabend vertagt.

Am Nachmittag wurde die Verhandlung zu Ende geführt. Die Urteilsverkündung ist auf Sonnabend 10 Uhr festgesetzt, da in der Zwischenzeit die Prüfung verschiedener schwieriger Rechtsfragen zu erledigen ist.

München, 8. Januar.

In der heutigen Landtagssitzung kam bei Beratung des Militäretats der sozialdemokratische Abgeordnete Schmitt auf die Zaberner Angelegenheit zu sprechen, wobei er gegen das Verhalten des deutschen Kronprinzen und des preußischen Kriegsministers scharfe Ausfälle richtete.

Die Beschuldigungen gegen die Reichspost.

Die Mitteilungen des Obersten von Reuter, daß die Post zwar Hunderte von offenen Schmähkarten pünktlich bestellt, aber Zuschriften, die Zustimmungen enthielten, zurückgehalten habe, hat, wie aus Kreisen der Postverwaltung verlautet, Anlaß zu einer eingehenden Untersuchung gegeben. Diese ist noch nicht abgeschlossen. Es ist selbstverständlich, daß über das Resultat der abgeschlossenen Untersuchung eine öffentliche amtliche Mitteilung erfolgen muß.

Mb. Preußischer Landtag.

Herrenhaus.

Erste Sitzung vom 8. Januar 1914.

Am Ministertisch: Frhr. v. Schorlemer, v. Dallwitz, Dr. Beseler.

Der Präsident der vorigen Session v. Wedel eröffnet die Sitzung um 8¼ Uhr mit dem üblichen Hoch auf den König.

Auf den Namensaufruf wird verzichtet.

Das bisherige Präsidium wird auf Vorschlag des Fürsten Hatzfeldt durch Zuruf wiedergewählt. Auch die Wiedervahl der Schriftführer erfolgt durch Zuruf.

Eingegangen ist ein Antrag des Grafen York von Wartenburg, worin die Regierung ersucht wird, dahin zu wirken, daß der Stellung Preußens nicht dadurch Abbruch geschieht, daß eine Verschiebung der staatsrechtlichen Verhältnisse zu Ungunsten der Einzelstaaten vor sich geht. (Die Verlesung des Antrages wird von der Rechten mit Beifall begleitet.)

Der Präsident erklärt, er werde den Antrag am Sonnabend zur Beratung stellen.

Nächste Sitzung: Freitag 2 Uhr. Vereidigung neuer Mitglieder, Geschäftliche Mitteilungen, Beschlußfassung über die Art der Etatsberatung.

Schluß gegen 8¾ Uhr.

Abgeordnetenhaus.

1. Sitzung, Donnerstag, 8. Januar 1914.

Das Haus ist gut besetzt.

Am Ministertische: Dr. Lentze, v. Dallwitz, v. Breitenbach.

Der Präsident der vorigen Tagung Graf v. Schwerin-Löwitz eröffnet die Sitzung um 2 Uhr 15 Min. mit einem Kaiserhoch.

Die Einbringung des Etats.

Finanzminister Dr. Lentze

bringt darauf den Etat ein: Als ich im vorigen Jahre dem Hause den Etat vorlegte, der seit 1908 zum ersten Male wieder sich im Gleichgewicht befand und keiner Zuschußanleihe bedurfte, schloß ich mit der Hoffnung, daß es auch in den folgenden Jahren möglich wäre, den Etat im Gleichgewicht zu erhalten. Diese Erwartung hat sich in diesem Jahre erfüllt. (Beifall.) Erfreulicherweise schließt der Etat ohne einen Fehlbetrag ab. Die Situation war in dem vergangenen Jahre glänzend, sie ist aber jetzt nicht mehr so glänzend, aber doch noch durchaus befriedigend. Es sind gewisse Gründe und Anzeichen vorhanden, die wir nicht unbeachtet lassen dürfen und die Vorsicht gebieten.

Unsere dauernden Ausgaben sind ständig im Steigen begriffen, während unsere Einnahmen teils den Konjunkturschwankungen unterliegen, teils durch die Reichsfinanzgesetze beeinflußt werden. In den nächsten Jahren wird es daher wahrscheinlich nicht möglich sein, ohne Inanspruchnahme der Mittel des Ausgleichsfonds der Eisenbahn den Etat im Gleichgewicht zu erhalten. Sie werden es daher begreifen, daß der Wunsch, die Steuerzuschläge in Wegfall kommen zu lassen oder sie zu ermäßigen, aus Mangel an Ersatzmitteln sich nicht ermöglichen läßt. (Unruhe und Lachen links.) Vor zwei Jahren lagen die wirtschaftlichen Verhältnisse durchaus günstig. Trotz der vorangegangenen monatelangen Trockenheit war die Ernte außerordentlich gut. Die Konjunktur stieg allgemein ein Ansteigen erkennen. Aber die Mehreinnahmen der Eisenbahnen gingen auf das monatelange Versiegen der Wasserstraßen zurück, so daß man mit einer solchen Höhe der Einnahmen nicht auf die Dauer rechnen konnte. Dem Ausgleichsfonds flossen 57,4 Millionen zu, während die Staatseinnahmen einen Fehlbetrag von 19 Millionen ergaben.

Trotz der Balkankriege und der kritischen äußeren politischen Lage haben sich die wirtschaftlichen Verhältnisse so glänzend entwickelt, daß die Eisenbahnen mit einer Ueberweisung von 158 Millionen abgeschlossen haben und bei dem Staatshaushalt nicht nur kein Fehlbetrag, sondern sogar ein Einnahmeüberschuß von 101 Millionen sich ergeben hat. Die bei der Aufstellung des Etats angenommene Verkehrssteigerung bei den Eisenbahnen ist durch die Wirklichkeit überholt worden. Bei dieser erfreulichen Begleiterscheinung ist allerdings der Betriebskoeffizient gleichfalls in die Höhe gegangen. Der Betriebskoeffizient, der 1908 den höchsten Stand erreicht hatte und dann langsam allmählich bis 1911 heruntergegangen war, ist 1912 um mehr als 1 Prozent gestiegen. Es hat sich dazu wieder die alte Erfahrung bestätigt, daß nach starken Verkehrssteigerungen die Eisenbahnen die Ausgaben den Einnahmen nachhinken.

Es darf aber auch nicht unerwähnt bleiben, daß durch den Nachtragsetat für 1912 zur Vermeidung von Verkehrsstockungen und zur Verstärkung des Extraordinariums dem Ausgleichsfonds Mittel entnommen sind, wenn das Bild vollständig sein soll. Die hohen Ueberschüsse bei dem Staatshaushalt sind möglich geworden durch beträchtliche Mehreinnahmen der Bergwerke, Forsten und direkten Steuern. Die indirekten Steuern haben einen Mindererertrag ergeben, u. a. auch durch das völlige Darniederliegen des Grundstücksmarktes. Auch das laufende Wirtschaftsjahr entwickelt sich günstig. Zwar nimmt es nicht denselben glänzenden Verlauf wie das Jahr 1912, aber immerhin ist die Einwirkung der Hochkonjunktur, wenn auch mit Abschwächungen, noch immer zu bemerken, und bei der Eisenbahnverwaltung ist der Verkehr auch noch weiterhin gestiegen. Die Verkehrssteigerung ist aber doch erheblich schwächer geworden als im Vorjahre. Immerhin ist der im vorigen Jahre angenommene Steigerungssatz noch überschritten worden. Jedoch sind die Mehreinnahmen so vollständig durch die Ausgaben verzehrt worden, daß es nach dem bisherigen Verlauf des Jahres 1913 und nach den eigenen Schätzungen des Herrn Eisenbahnministers nicht zu erwarten ist, daß ein höherer Betrag in den Ausgleichsfonds eingestellt werden könne, wie in diesem Jahre. Wir haben bei den Eisenbahnen die Erscheinung, daß sie bei steigenden Einnahmen sowohl 1912 wie 1913 durch noch stärkere Ausgaben wesentlich beeinträchtigt worden sind.

Voraussichtlich werden auch die Bergwerke erhebliche Mehreinnahmen erbringen. Wir werden darauf rechnen können, daß 1913 bei den Eisenbahnen mit einer Ueberweisung von 93,4 Millionen Mark an den Ausgleichsfonds zu rechnen ist. (Hört, hört!) Ich wende mich zum neuen Etat. Da im vergangenen Sommer die neuen Wehr- und Deckungsvorlagen verabschiedet sind, so ist es erforderlich, auf sie näher einzugehen. Es werden ausschließlich oder fast ausschließlich die bestehenden Klassen betroffen und die schwächeren Schultern geschont. Obenan steht der Wehrbeitrag. Er soll nicht weniger, als eine volle Milliarde Mark bringen. Einmütig ist dieses Gesetz, das in der ganzen Welt ohne Beispiel dasteht, von der Nation begrüßt worden. (Bravo!) Dieser Wehrbeitrag ist immer günstig beurteilt worden. Er ist ein Ruhmesblatt in der Geschichte unseres Volkes, das, unsere Fürsten freiwillig voran, solche Opfer bereitwillig auf sich genommen hat. (Lebh. Beifall.) Weniger Beifall hat die Reichsvermögenszuwachssteuer gefunden. (Sehr richtig!) Hier ist ein Gebiet ergriffen worden, das bisher die Domäne der Bundesstaaten gewesen ist. (Leider!) Es ist bekannt, daß die verbündeten Regierungen eine andere Regelung wollten. Erst durch einen Kompromiß der bürgerlichen Parteien ist das Erreichte zustande gekommen.

Ich habe mich ganz entschieden gegen eine Inanspruchnahme der Einkommen- und Vermögenssteuer durch das Reich ausgesprochen. (Sehr gut!) Es könnte auffällig erscheinen, daß wir trotzdem der Besitzsteuer zugestimmt haben. Es wäre uns sehr viel sympathischer gewesen, wenn die Vorlage der Verbündeten Regierungen angenommen worden wäre. Es bestand aber bei verschiedenen bürgerlichen Parteien des Reichstags eine solche Abneigung dagegen, daß für die Vorlage eine Mehrheit nicht zu finden war. Andererseits standen so große und wichtige vaterländische Interessen auf dem Spiele, die eine möglichst schleunige Verabschiedung der Wehrvorlagen unter gleichzeitiger Verabschiedung der Deckungsvorlagen erheischten. Infolgedessen mußte ich mir die Frage vorlegen, ob meine Bedenken so schwerwiegend waren, dem Zustandekommen hindernd in den Weg zu treten. Diese Frage habe ich allerdings nach reiflicher Ueberlegung verneinen müssen. Die Besitzsteuer unterschied sich allerdings ganz erheblich von den Vorschlägen, die wir früher gemacht haben. Ich stehe nach wie vor auf dem Standpunkt, daß den Bundesstaaten die Einkommen- und Vermögenssteuer erhalten bleiben muß. (Beifall rechts.)

Die Bundesstaaten haben so wichtige und gewaltige kulturelle, wirtschaftliche und staatliche Aufgaben, daß sie diese Steuer haben müssen, wenn sie ihre Pflichten erfüllen wollen. Wird ihnen diese Steuerquelle genommen, dann sind sie außerstande, die Wohlfahrt ihres Landes nach eigenem Ermessen zu fördern. Sie werden also in ihrer Selbständigkeit beschränkt. Das Einkommen und Vermögen wird schon von dem Staate und von den Kommunen in Anspruch genommen, da kann es nicht noch von einer dritten Seite, dem Reiche, besteuert werden. Hier hat die Leistungsfähigkeit auch eine Grenze. Ich würde mich daher ganz unbedingt gegen ein Gesetz ausgesprochen haben, das eine Reichseinkommen- und Reichsvermögenssteuer verlangt hätte. Jetzt werden die vom Staate und den Kommunen betroffenen Steuerträger vom Reiche nur vorübergehend in Anspruch genommen. Die Gefahr, daß durch die Reichsbesteuerung die Landesbesteuerung unmöglich gemacht wird, ist nicht so groß. Gewiß werden von mancher Seite von der Einführung der Besitzsteuer gewisse Hoffnungen auf die Zukunft gehegt. Demgegenüber weise ich darauf hin, daß wir wegen der großen Interessen, die auf dem Spiele standen, trotzdem zugestimmt haben, weil ich genau weiß, daß die Bundesstaaten entschlossen sind, dieser Gefahr nicht die Hand zu bieten. Sie würden sich selbst damit ins eigene Fleisch schneiden. Der Reichskanzler hat im Reichstag keinen Zweifel gelassen, daß wir diesen Schritt nicht mitmachen würden. Von unmittelbarer Wirkung auf den Etat sind die Reichsstempelsteuer, die Herabsetzung des Anteils der Bundesstaaten an der Reichserbschaftssteuer und die Abänderungen des Wertzuwachssteuergesetzes gewesen. Für die anderweite Regelung der Wertzuwachssteuer durch Landesgesetze oder Ortsstatut ist auch in Preußen ein Ausführungsgesetz zum Reichsgesetz in Bearbeitung, das aber auf die starke Belastung des Grundstücksmarktes und die während der Geltung der Wertzuwachssteuer zutage getretenen Unzulänglichkeiten Rücksicht nehmen wird.

Die wirtschaftliche Lage ist auf fast allen Gebieten, in Handel und Industrie und Schiffahrt eine rückläufige geworden. Aber unsere Industrie ist diesmal ganz anders gerüstet. Es hat sich dabei die alte Erfahrung bestätigt, daß für Handel und Industrie der innere Markt die beste Stütze bildet (Sehr richtig! rechts), und daß die Rückschläge um so schwächer ausfallen, je kaufkräftiger der innere Markt ist. Der weiteren Entwicklung kann also ohne besondere Befürchtung entgegengesehen werden. Bei der Aufstellung des Etats ist die wirtschaftliche Konjunktur natürlicherweise berücksichtigt worden, besonders bei Eisenbahnen und Bergwerken. Der Etat schließt ab in Einnahme und Ausgabe mit 4,816 Millionen, im Extraordinarium mit 208 Millionen, das allein um die hohe Summe von 53,3 Millionen erhöht worden ist. Dies ist bewußtermaßen zu dem Zwecke geschehen, um dem Rückgang der Konjunktur entgegenzuarbeiten und es zu ermöglichen, daß der Industrie und den arbeitenden Klassen die Gelegenheit zur Arbeit erhalten bleibe. (Beifall rechts.) Da der größte Teil des Extraordinariums zu Anschaffungen bestimmt ist, so liegt auf der Hand, daß mit so großen Summen erheblich auf den Arbeitsmarkt eingewirkt werden kann. Den besten Beweis liefert das laufende Jahr, in dem die eigentlichen Staatsaufträge sehr wesentlich zur Belebung des Arbeitsmarktes beigetragen haben und an verschiedenen Stellen verhinderten, daß Arbeiterentlassungen vorgenommen werden mußten. Wir wollen hoffen, daß mit diesen erhöhten Beträgen diese Zwecke in vermehrtem Maße erreicht werden können.

Eine Petition der Eisenbahnassistenten hat im vorletzten und letzten Jahr die Staatsregierung ersucht, die Eisenbahnassistenten den Postassistenten gleichzustellen. Es bestanden nun erhebliche Bedenken, das mühevoll zustande gekommene Werk der Besoldungsordnung abzuändern. Allerdings ist das Bedürfnis einer Besoldungsreform von der Staatsregierung anerkannt worden, und den berechtigten Wünschen ist man durch die Neueinstellungen in den Etat gerecht geworden. Es muß jedoch hierbei unsere Finanzlage und die unausbleibliche Rückwirkung auf das Reich und die Bundesstaaten berücksichtigt werden. Deshalb sollen nur die geringstbesoldeten Klassen erhöht werden. Weitere Erhöhungen kann die Regierung nicht versprechen. Das dazu erforderliche Gesetz wird Ihnen demnächst vorgelegt werden. Diese Abänderung der Besoldungsordnung erfordert eine Mehrausgabe von 19,3 Millionen Mark. Hiervon entfallen rund 15½ Millionen auf die Eisenbahnverwaltung, der Rest auf die allgemeine Staatsverwaltung. Ich komme jetzt zur Schuldentilgung. Während unsere Reichsschulden in 30 oder gar in 23 Jahren werden abgezahlt sein, ist eine solche erfreuliche Erscheinung in Preußen nicht zu verzeichnen. Der Abhilfe soll der Vorschlag dienen, zur Schuldentilgung die ersparten Schuldenzinsen heranzuziehen. Für diesen Zweck sind 2 400 000 Mark in den neuen Etat eingestellt.

Von der Wiedereinbringung der im Vorjahre leider nicht verabschiedeten Steuernovelle habe ich Abstand genommen. Trotz der zwischen Staatsregierung und diesem Hause bestehenden Meinungsverschiedenheiten leuchtet es ohne weiteres ein, daß auf die Steuerzuschläge nicht verzichtet werden kann, wenn nicht an anderer Stelle ein Ersatz dafür geboten wird. Mit den Reinüberschüssen befinden wir uns auf abfallender Kurve, mit dem Betriebskoeffizienten auf ansteigender Kurve, er ist 4,05 Proz. höher veranschlagt als im Jahre 1911. Zum Teil sind Mehreinstellungen durch Lohnerhöhungen daran beteiligt. Im Eisenbahnetat werden weit über 100 Millionen durch verstärkte Ausgaben verzehrt. Bei der Neuregelung des Eisenbahnetats im nächsten Jahre müssen wir damit rechnen, daß die Ansprüche für das Extraordinarium ganz erheblich in die Höhe gesetzt werden müssen. Die Steigerung der Anleihen ist die ernsteste Sorge für die Finanzverwaltung. 1911 und 1912 betrugen die jährlichen Anleihen 218 und 286 Millionen Mark, 1913 haben wir mehr als das Doppelte: 567 Millionen Mark. Ein Betrag von mindestens derselben Höhe ist auch für die nächsten Jahre angenommen worden. Die jährlichen Anleihen noch mehr zu steigern, würde an der Unmöglichkeit scheitern, die Inanspruchnahme des Kreditmarktes weiter auszudehnen, der nach unseren bisherigen Erfahrungen, namentlich bei Zeiten so angespannten Geldstandes, wir ihn fast das ganze Jahr haben, nicht in der Lage ist, so hohe Anleihen jährlich aufzunehmen. Das hat uns der Mißerfolg bei Begebung der letzten Anleihe im Vorjahre ganz deutlich gezeigt. Ohne den Ausgleichsfonds wären wir nicht imstande gewesen, zahlreiche Arbeiten durchzuführen und sogleich dem Markt Aufträge zuzuführen. Auch das Borgen hat seine Grenze. (Heiterkeit.)

Es ist sehr ernstlich zu erwägen, ob nicht die Ausgaben, die auf Anleihen beruhen, noch wesentlich eingeschränkt werden können. Der Ausgleichsfonds enthält 415 Millionen Mark. Das ist sehr schön, aber wenige schlechte Jahre können genügen, um diesen Schatz wieder zu leeren. Es ist dringend erforderlich, diesen Fonds auf der Höhe zu halten. Für die Regierung entfällt die Möglichkeit, die Steuerzuschläge zurzeit wegfallen lassen zu können. (Unruhe links.)

Die innere Kolonisation wird weiter gefördert. Die zur Verfügung stehenden Gelder sind jetzt schon knapp. Daher fordern wir weitere erhebliche Mittel an. Der Mehrraumzuschuß ist an die einzelnen Verwaltungszweige überall gleichmäßig verteilt worden.

Ich habe mich bemüht, Ihnen ein genaues Bild über die schwierigen Zusammenhänge unseres Etats zu geben. Hoffentlich ist es mir gelungen. Unsere Finanzlage ist — das erkenne ich gern an — durchaus befriedigend. Sie ist aber keineswegs so, daß unser Etat über das, was er bisher getragen hat, hinaus erhöht werden kann, oder daß ihm seine bestehenden Einnahmequellen genommen werden könnten. Die steigende Lenkung der dauernden Ausgaben und die Unsicherheit in den Einnahmen müssen berücksichtigt werden. Ich schildere nicht grau in grau, auch jede Plusmacherei liegt mir fern. Ich bin mir wohl bewußt, daß die Staatsfinanzen nicht Selbstzweck, sondern nur Mittel zum Zweck sein dürfen. Ich bin mir aber auch bewußt, daß sie dem Staat am besten dienen, wenn sie so gesund und so geordnet bleiben, daß sie den Staat dauernd in den Stand setzen, seine großen und bedeutsamen Aufgaben zu erfüllen. (Beifall.) Ich bitte das Haus, wie in den früheren Jahren, so auch in diesem Jahre, die Regierung in dem Bestreben zu unterstützen, daß unsere preußischen Staatsfinanzen gesund und solide bleiben. (Beifall.) Ich hoffe da keine Fehlbitte zu tun. In dieser Hoffnung sehen wir den Beratungen mit Vertrauen entgegen. (Lebhafter Beifall.)

Das Haus vertagt sich.

Präsident Graf Schwerin-Löwitz beraumt die nächste Sitzung an auf Dienstag 10 Uhr mit der Tagesordnung: Wahl des Präsidiums; erste Lesung des Etats.

Abg. Dr. Wiemer (Vp.) bittet um Auskunft, ob etwa beabsichtigt sei, von nun an die Sitzungen stets um 10 Uhr beginnen zu lassen.

Präsident Graf Schwerin: Nur in der nächsten Woche sollen die Sitzungen um 10 Uhr beginnen, damit die erste Lesung des Etats möglichst rasch beendet und die Budgetkommission Arbeit bekommen kann.

Abg. Dr. Wiemer (Vp.): Dagegen erheben wir Widerspruch. Wenn es notwendig ist, den Etat jetzt so rasch fertigzustellen, so liegt doch die Schuld an der späten Einberufung des Landtags. (Sehr richtig! links.) Die Säumigkeit der Regierung ist schuld. Es kann dem Landtag nicht zugemutet werden, jetzt in überhasteter Weise zu arbeiten. Wir beantragen, den Sitzungsbeginn auf 11 Uhr festzusetzen.

Der Antrag wird abgelehnt.

Schluß 8¾ Uhr.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-848334-19140109016/fragment/page=0002

Deutsches Reich.

Die Telegramme des Kronprinzen.

Im Zusammenhang mit der Anordnung einer Untersuchung in der Zaberner Postverwaltung wegen der Zuschriften an Oberst v. Reuter ist auch die Frage aufgetaucht, ob die Tatsache eines Telegrammes des Kronprinzen an den Obersten v. Reuter — denn um ein Telegramm an diesen handelt es sich — vielleicht auch durch die Pflichtverletzung eines Beamten bekannt geworden ist. Dieses Telegramm muß übrigens, was festzustellen von Wert ist, am 29. oder 30. November, also unmittelbar nach den Hauptereignissen in Zabern und vor den Verhandlungen im Reichstage, abgesandt worden sein. Sein Wortlaut ist nicht bekannt. Wie es scheint, auch amtlichen Stellen nicht. Für richtig gilt aber, daß es eine Zustimmung oder den Beifall dazu aussprach, daß der Oberst v. Reuter das Ansehen der Armee oder des Militärs gewahrt habe.

Beschlüsse des Bundesrats. Der Bundesrat hat einer Vorlage betreffend Prägung von Denkmünzen anläßlich der Silberhochzeit der Herzogspaares von Anhalt zugestimmt. Ferner wurde die Wahl der Beisitzer der Berufskommission für das Ordnungsstrafverfahren wegen verbotener Börsentermingeschäfte in Getreide usw. vollzogen und der Entwurf des Besoldungs- und Pensionsetats für die höheren Beamten der Reichsversicherungsanstalt für Angestellte auf das Geschäftsjahr 1914, und die Vorlage betreffend Festsetzung der von privaten Versicherungsunternehmungen zu erhebenden Gebühren für das Jahr 1913 sowie betreffend die Berechnung der nach dem Reichshaushaltsetat von 1914 zur Deckung der Gesamtausgabe des ordentlichen Etats aufzubringenden Matrikularbeiträge angenommen.

Die Dispositionen des Reichstages für die ersten Tage nach den Weihnachtsferien dürften sich folgendermaßen gestalten: Für den Dienstag stehen Petitionen auf der Tagesordnung. Wie wir hören, beabsichtigt Präsident Dr. Kaempf, die Beratung über die Petitionsberichte auch am Mittwoch fortzusetzen. Am Donnerstag soll der Gesetzentwurf über die Regelung der Sonntagsruhe zur ersten Lesung gestellt werden. Außerdem soll am Mittwoch eine Sitzung des Seniorenkonvents stattfinden, in dem der weitere Arbeitsplan festgestellt werden wird.

Die Verletzung des Redaktionsgeheimnisses. Der „Elsässer" hat in seiner Abwehr der Angriffe wegen der Verletzung des Redaktionsgeheimnisses durch seinen Redakteur Kästle in Sachen der drei Zaberner Rekruten mitgeteilt, daß der Augustinus-Verein, der Herrn Kästle ein Vertrauensvotum ausgestellt hat, korporativ dem Reichsverbande der Deutschen Presse angeschlossen sei. Das ist nicht der Fall. Erstens ist der Augustinus-Verein für die katholische Presse Deutschlands dem Reichsverband nicht korporativ angeschlossen; zweitens hat der Reichsverband in Elsaß-Lothringen überhaupt keine Organisation. Um Mißverständnissen vorzubeugen, möchten wir noch daran erinnern, daß nicht der Augustinus-Verein als solcher das Vorgehen des Redakteurs Kästle gebilligt hat, sondern nur seine Landesgruppe Elsaß-Lothringen.

Hof- und Personalnachrichten.

Der Kronprinz beim Reichskanzler. Wie aus Berlin gemeldet wird, hat der Kronprinz am Mittwoch dem Reichskanzler einen längeren Besuch abgestattet.

Dem Staatssekretär des Auswärtigen Amtes v. Jagow ist der Kronenorden 1. Klasse und dem Unterstaatssekretär im Auswärtigen Amt Zimmermann der Stern zum Roten Adlerorden 2. Klasse mit Eichenlaub und Schwertern am Ringe verliehen worden.

Joseph v. Payr † Aus München, 8. Januar, wird gemeldet: In der vergangenen Nacht ist der Senatspräsident am Obersten Landesgericht, Joseph v. Payr, gestorben.

Abreise Rießers nach Amerika. Der Präsident des Hansabundes Geheimrat Rießer hat sich am Mittwoch mit dem Schnelldampfer „Kronprinzessin Cecilie" des Norddeutschen Lloyd nach Amerika begeben. Der Zweck dieser Reise ist die Veranstaltung von Vorträgen über deutsches Bankwesen, die Geheimrat Rießer vor New Yorker Banken halten wird. Er dürfte vier Wochen in Amerika bleiben.

Ausland.

Izzet „weiß nichts davon".

Die sofortige Verhaftung der 200 türkischen Soldaten, die in Valona mit Geld- und Waffengewalt für Izzet Paschas Thronkandidatur werben wollten, hat in ganz Albanien den tiefsten Eindruck gemacht, weil man nun weiß, daß Ismail Kemal seinen ausschlaggebenden Einfluß unabänderlich dem Prinzen von Wied zur Verfügung stellt. Der fehlgeschlagene Handstreich von Valona hat übrigens die offizielle Welt von Rom nicht überrascht. Man wußte von den abenteuerlichen Plänen und hatte die internationale Kommission angewiesen, die gebotenen Gegenmaßregeln zu veranlassen. Die internationale Kontrollkommission hatte auch aus sicherer Quelle erfahren, daß die von dem Komitee Einigkeit und Fortschritt entsandten Banden sich darauf vorbereiteten, sich in St. Giovanni di Medua auszuschiffen. Nach vorheriger Rücksprache mit dem Kommandanten von Skutari, Oberst Philipp, ist beschlossen worden, vorbehaltlich der Genehmigung der Großmächte, daß eine Kompagnie der Besatzungstruppen von Skutari in die Gegend von Alessia entsandt werden soll, um die befürchtete Ausschiffung zu überwachen. In Valona selbst herrscht große Aufregung.

In maßgebenden politischen Kreisen glaubt man, daß der Handstreich den Prinzen Wilhelm zu Wied veranlassen wird, den Tag seiner Thronbesteigung zu beschleunigen. Die Mächte, sagt man, werden ihm ehrlich zur Seite stehen und alles aufbieten, um die Wiederholung ähnlicher Vorkommnisse zu verhüten. Die Kommission albanischer Notabeln, die nach Deutschland fährt, um dem Prinzen zu huldigen, ist in Bari eingetroffen und nach Rom weitergereist. Sie begibt sich direkt nach Neuwied. Wie aus Valona gemeldet wird, waren die verhafteten türkischen Offiziere mit großen Geldsummen und Schecks versehen, die bei ihnen beschlagnahmt wurden.

Der Konstantinopeler Korrespondent der „Neuen Freien Presse" befragte den früheren Kriegsminister Izzet Pascha über das Gerücht von seiner Proklamation in Durazzo. Der General erwiderte wörtlich:

Davon weiß ich gar nichts. Sie können melden, daß ich der Sache gänzlich fernstehe. Ich habe ein amtliches Dementi betreffs meiner Person bereits veranlaßt. Ich besitze wohl Güter in dem jetzigen griechischen Südalbanien und Verwandte und Freunde in Nordalbanien. Mit Essad Pascha, namentlich seit seinen Heldentaten in Skutari, stehe ich in freundschaftlichem Briefwechsel. Ich habe aber keinen politischen Ehrgeiz, sondern will nur nach 10 Dienstjahren wieder ausruhen und Europa besuchen. — Um meine Enthebung habe ich selbst nachgesucht, weil ich infolge von Rücksichten auf die alten Kameraden der geplanten Heeresreform nicht im Wege stehen wollte. —

Wenn man bedenkt, daß Izzet Pascha sich bisher als Soldat von bestem Schrot und Korn bewährt hat, dann darf man hoffen, daß er mit dieser Erklärung die lautere Wahrheit spricht. Trotzdem ist es mit Rücksicht auf die im Epirus zunehmenden Reibereien wohl verständlich, daß sich die provisorische Regierung von Albanien auf alle Fälle vorbereitet, indem sie den **Belagerungszustand über Valona verhängt hat.** Dr.

Menelik lebt?

Aus Rom wird gemeldet, daß der ungarische Forscher Edmund Koracs, der beabsichtigt, eine wissenschaftliche Expedition nach Westindien zu unternehmen, von einem reichen italienischen Kaufmann in Adis Abeba namens Sciantha, der Beziehungen zu dem abessinischen Hofe unterhält, folgendes Telegramm erhalten hat: „An allen über den Tod Kaiser Meneliks verbreiteten Gerüchten ist kein Wort wahr. Kaiser Menelik lebt noch immer."

Joseph Chamberlain hat in einem Briefe den Wählern von Birmingham mitgeteilt, daß er sich bei Gelegenheit der nächsten allgemeinen Wahlen von seiner parlamentarischen Tätigkeit zurückziehen werde. Er bedauere, den Wahlkreis, den er 37 Jahre vertreten habe, aufgeben zu müssen, meine jedoch, daß Birmingham einen jüngeren Mann brauche, der an den parlamentarischen Kämpfen tüchtigeren Anteil nehme. Als Nachfolger werden die Söhne Austen und Neville Chamberlain genannt.

Als russophile Agitatoren verhaftet wurden in Czernowitz im Zusammenhang mit den Aussagen der Angeklagten und der Zeugen im Prozesse von Marmarosziget sechs angesehene Personen: die beiden Brüder Dr. Alexei und Ingenieur Georg Gerowskij, ihre Mutter und eine Schwester, die in Czernowitz an der Universität Philosophie studiert, der ehemalige Realschüler Geller und der gewesene Volksschullehrer Zurkanowicz.

Halle und Umgebung.

Halle, 9. Januar.

Vom 2. Bataillon der 36er.

Nach Gerüchten, die von Bernburg aus verbreitet werden, soll das erst kürzlich nach dort übergesiedelte 2. Bat. Füs.-Regt. General-Feldmarschall Graf Blumenthal (Magdeburg) Nr. 36 binnen Jahresfrist nach Halle verlegt werden. An der dortigen Kaserne der 36er sollen Erweiterungsbauten vorgesehen sein.

An maßgebenden Stellen ist von einer Verlegung nichts bekannt. Auch das Generalkommando des 4. Armeekorps in Magdeburg teilt mit, daß es von einer Verlegung des Bataillons keine Kenntnis habe.

Die Missionskonferenz in der Provinz Sachsen

hält vom 15. bis 18. Februar ihre diesjährige 36. Jahresversammlung in Halle ab, die diesmal besonders unter dem Zeichen der Nationalmissionsspende und Deutschen Evangelischen Missionshilfe, sowie der dringenden Aufgaben gegenüber dem vordringenden Islam stehen wird. Aus dem reichhaltigen Programm machen wir heute schon auf die Hauptverhandlungsgegenstände aufmerksam.

Am Sonntag, den 15. Februar, abends 8½ Uhr, spricht im Halleschen Verein für ärztliche Mission Dr. med. Schreiber-Thea Radja (Sumatra) in der Universität über „Die Arbeit der Rheinischen ärztlichen Mission unter den Batak". Am Montag, den 16. Februar, nachmittag tagen die verschiedenen Missionsgesellschaften, unter denen die Berliner mit ihrer Dezemberversammlung und ihrer Fruchtbarmachung in der Provinz Sachsen und Anhalt besonderes Interesse erregen wird. Im Festgottesdienst (Marktkirche) predigt Geh. Konf.-Rat Culemann-Münster in Westfalen. Die Abendversammlung des gleichen Tages behandelt „Die Mission im öffentlichen Leben" nach 3 Seiten: „Die Deutsche evangelische Missionshilfe" (D. Richter-Berlin); „Mission und Presse" (Dir. Stark-Berlin) und „Mission und Deutschtum im Ausland" (Prof. D. Mirbt-Göttingen) In der Hauptversammlung am Dienstag vormittag, den 17. Februar, erörtert Dir. Lic. Arenfeld-Berlin die wichtige Frage: „Was hat der Wettbewerb vom Christentum und Islam in Afrika der heimatlichen Kirche zu sagen?" Am Dienstag nachmittag Lehrer-Missionskonferenz mit Ansprachen von Inspektor Oettli-Basel und Lehrer Fr. Sommer-Halle. Am Abend 2. allgemeine Versammlung mit verschiedenen zeitgemäßen Darbietungen. Am Mittwoch Versammlung zur Förderung religions- und missionswissenschaftlicher Studien mit einem Vortrag von Prof. D. Söderblom-Leipzig über: „Wissenschaftliche Erforschung und christliche Beurteilung des primitiven Heidentums". Das ausführliche Programm kann vom Vorsitzenden der Konferenz, Prof. D. Haußleiter-Halle, Zietenstraße, bezogen werden.

Im Einverständnis mit dem Herrn Oberpräsidenten ist dem Jerusalemsverein eine Hauskollekte in der Provinz Sachsen bewilligt worden, die in den nächsten Wochen eingesammelt wird. Der Jerusalemsverein arbeitet seit 60 Jahren in Palästina, teils unter den Arabern, durch Kirche, Schule und Waisenhaus, teils unter den deutschen Glaubensgenossen, besonders in den Gemeinden zu Haifa und Jaffa, deren kirchliche Versorgung er übernommen hat. In den Diensten des Vereins stehen jetzt 39 Angestellte deutscher und arabischer Zunge: 3 deutsche Pastoren, 1 Hauselternpaar, 4 deutsche Lehrer und 2 evangel. Diakonissen; die übrigen sind arabische Pastoren, Evangelisten, Lehrer und Lehrerinnen. Mit dem Wachstum seiner Aufgaben hat die Vermehrung der Vereinsmittel nicht gleichen Schritt gehalten. Der Ertrag der Hauskollekte soll die fehlenden Mittel beschaffen. Wer den Jerusalemsverein unterstützt, tut ein gutes nationales und evangelisches Werk.

Warnung. Wiederholt sind in letzter Zeit in der Provinz Personen aufgetreten mit der Angabe, im Auftrage der Pfeifferschen Anstalten in Magdeburg-Cracau Gaben einzusammeln oder Waren zu ihrem Besten zu verkaufen. Demgegenüber ist zu erklären, daß die Anstalten weder Kollektanten noch Reisende ausschicken, sondern nur durch die Pfarrämter 2 Kirchenkollekten im Frühjahr und Herbst einsammeln lassen und ihre Waren lediglich auf direkte Bestellung liefern. In den obengenannten Fällen handelt es sich um eine Täuschung des Publikums zum Schaden der guten Sache.

Der Hallesche Beamtenausschuß hält am Sonntag, den 11. Jan., vorm. 10½ Uhr, in Müllers Restaurant (früher Kohl), Königstraße 4, seine nächste Versammlung ab. Tagesordnung: 1. Geschäftliches; 2. Kartelle der Unterbeamten; 3. Stand der Besoldungen; 4. Wie stellen wir uns zu den Erziehungsbeihilfen.

Der Dom-Kindergottesdienst wird seine Epiphaniasfeier am Sonntag, den 11. Januar, nachm. 5 Uhr, im Gemeindesaal, Kleine Klausstr. 12, begehen. Die Kinder werden durch geeignete Lichtbilder in die Anfänge und den Schauplatz der Berliner Mission in Deutsch-Ostafrika eingeführt werden. Für Erwachsene wird leider kein Raum sein.

Christlicher Verein junger Männer. Am nächsten Sonntag abends 8 Uhr, wird Herr Rechtsanwalt von Krosigk einen Vortrag halten über das Thema: „Was muß der Laie vom Strafrecht wissen?". Jeder junge Mann ist eingeladen; der Zutritt frei.

Religiöser Vortrag. „Kein Zurück" lautet das Thema, über das Herr E. Dönitz am Sonntag abend 8½ Uhr im Gemeinschaftshause, Margaretenstr. 5, sprechen wird.

Kirchliche Nachrichten.

Synagogengemeinde. Freitag nachm. 4½ Uhr Gottesdienst und Predigt. Sonnabend vorm. 9 Uhr Gottesdienst.

Aus dem Leserkreise.

(Für die Veröffentlichungen unter dieser Ueberschrift übernimmt die Redaktion keinerlei Verantwortung; für sie bleibt auf Grund des § 21 Abs. 2 des Preßgesetzes in vollem Umfange der Einsender verantwortlich.)

Der Saugraben.

Die Abwässer von Halle-Cröllwitz sollen durch ein elektrisches Pumpwerk nach dem vor der Burg Giebichenstein liegenden Hauptkanal gedrückt werden, um die Saale gründlich von Unrat zu säubern! Bisher ist aber noch nichts verlautet, daß man die Grubenbesitzer im Dorfe Nietleben vor die Aufgabe gestellt hätte, die Oel- und Fettabwässer des Saugrabens, der bei der Landes-Heil- und Pflegeanstalt Nietleben in die Wilde Saale mündet, vorher zu klären. Wer auf der Cröllwitzer Brücke steht, sieht oft, wie drunten die schwarzen, auf der Oberfläche schwimmenden stinkenden Teermassen, die aus der Wilden Saale heranfluten, die Schiffsaale vollständig bedecken. Was nützen die Millionenopfer der Stadt Halle für sein großzügiges Kanalwerk, wenn dieser, vor den Toren der Stadt Halle berüchtigte Fabrik- und Gruben-Abwässereinlauf des Saugrabens nach wie vor weiter plätschern soll?

N. R.

Provinzial-Nachrichten.

Keine Beteiligung an der Weltausstellung in San Francisco

Sonneberg, 8. Jan. Die Beteiligung der Sonneberger Spielwarenindustrie an der Weltausstellung in San Francisco kommt nicht zustande, da die Privatsammlungen den erforderlichen Betrag nicht ergeben haben.

Mücheln, 7. Januar. (In der Stadtverordnetenversammlung) wurden die wiedergewählten Stadtverordneten Nothkähl, Hippe und Arndt aufs neue eingeführt und danach die Kommissionen gebildet. Mit 5 gegen 4 Stimmen hat die Versammlung einen Magistratsantrag auf 10 000 Mark Beitrag zur elektrischen Kleinbahn von Merseburg bis auf den Oelberg hier abgelehnt. Die Versammlung will wohl die Führung bis zum Oelberg gestatten, aber nicht so viel dazu beitragen. Die Ansicht des Magistrats ist, daß es ein Schaden wäre, wenn die Bahn nur bis zum „Hirsch" geführt werde.

n. **Weißenfels**, 8. Januar. (Verhaftet) wurde ein hies. Werkmeister wegen schweren Vergehens an einem Mädchen unter 14 Jahren.

Cölleda, 8. Januar. (Auszeichnung.) Oberwachtmeister a. D. Erler ist das Kreuz zum Allgemeinen Ehrenzeichen und der Charakter als „Leutnant" verliehen worden.

z. **Ermsleben**, 8. Januar. (Superintendent Strelow) hat, nachdem er hier neun Jahre als Oberpfarrer von St. Sixti gewirkt hat, seiner schwankenden Gesundheit wegen seine Pensionierung nachgesucht. Er tritt am 1. April in den Ruhestand. Er steht im 72. Lebensjahre.

Wernigerode, 7. Januar. (Militärischer Bahnbau.) Im benachbarten Drübeck herrscht reges Leben. Nachdem bereits am Sonntag Mannschaften des Eisenbahn-Regiments aus Schöneberg in Drübeck eingetroffen waren und Quartiere bezogen hatten, trafen am Montag vormittag um 7,43 Uhr und 9,43 Uhr zwei weitere Militärsonderzüge mit Mannschaften des Magdeburger Fußartillerie-Regiments Nr. 4 auf dem Bahnhof in Drübeck ein, die das notwendige Material zum Bau einer Förderbahn mit sich führten. Große Mengen Materials waren im Nu ausgeladen und am Bahnhof hoch aufgestapelt. Die beiden Leerzüge konnten bereits gegen mittag die Station wieder verlassen. Die Uebung ist kriegsmäßig. Der Bau einer Förderbahn wurde sofort in Angriff genommen und als nach 4 Uhr nachmittags die Arbeit für den ersten Tag beendet war, dehnten sich die Schienen bereits mehrere hundert Meter weit. Die Mannschaften bezogen darauf im Orte Quartier. Die mitgeführte Feldküche trat mittags in Tätigkeit; sie wird die Leute während der fünftägigen Dauer der Uebung versorgen. Wie verlautet, sollen etwa 7 bis 8 Kilometer Gleis gelegt werden. Die Förderbahn nimmt die Richtung vom Bahnhofe am Karrsberg vorbei nach dem Ilsenburger Schlosse zu. Das kleine Manöver erreicht am Sonnabend dieser Woche sein Ende.

Helmstedt, 7. Januar. (Musikalischer Abschied vom Leben) nahm hier der russische Arbeiter Franz Jawornik. Nach einer Zecherei in einer Wirtschaft steckte er seinen letzten Groschen in den Musikautomaten und schoß sich dann, während die Musik spielte, aus einem Revolver eine Kugel in den Kopf.

Lindau, 8. Januar. (Der Polizeihund als Stellenvermittler.) Der hiesige Polizeibeamte kam mit seinem Polizeihund bei einem Gang durch die Feldmark an einem Strohdiemen der Domäne Lindau vorüber. Der Hund nahm hier eine Spur nach dem Diemen zu auf, kletterte hinauf und sah dort einen jungen Mann in süßem Schlummer liegen. Der Polizeibeamte revidierte die Papiere des aus dem Schlaf Gestörten. Sie waren in bester Ordnung. Der junge Mann aber war ohne Arbeit. Der Polizeibeamte nahm sich seiner an und brachte ihn zu einem Landwirt, dem ein Dienstknecht fehlte und der den von dem Hunde gefundenen Mann einstellte.

w. **Gera**, 8. Januar. (Durch Unvorsichtigkeit erschossen.) Im benachbarten Rubitz wurde auf einer Treibjagd der 10jährige Knabe Uhlig, der mit anderen Knaben als Treiber verwendet wurde, durch den Landwirt Gerhard aus Gera aus Unvorsichtigkeit erschossen. Wie das Unglück geschah, ist noch nicht aufgeklärt.

w. **Gera**, 8. Jan. (Brand.) Im benachbarten Laasen sind die Wirtschaftsgebäude und Stallungen des fürstlichen Kammergutes zum größten Teil niedergebrannt. Die Wohngebäude konnten gerettet werden. Die Entstehungsursache des Feuers ist unbekannt.

Lauscha, 8. Januar. (Schneeverwehungen.) Auf den Höhen des Thüringer Waldes herrschten in den letzten Tagen wieder Schneestürme. Die Stürme brachten so viel Schnee, daß der erste Frühzug von Sonneberg, der gegen 7 Uhr in Lauscha eintreffen sollte, zwischen Lauscha und Steinach stecken blieb und nach Steinach zurückfahren mußte. Auch der zweite Frühzug konnte nur mit einer halbstündigen Verspätung in Lauscha eintreffen. Auf der neuen Eisenbahnstrecke Lauscha-Ernstthal-Neuhaus konnte gestern morgen der Zugverkehr gar nicht aufgenommen werden. Die Schneestürme hatten kolossale Verwehungen im Gefolge. Der erste Zug ging erst ¼12 Uhr nach Ernstthal ab. Auch die Straße von Lauscha nach Igelshieb ist vielfach gesperrt. Unter der Last des Schnees sind die schlanken Bäume des Waldes wie Streichhölzer geknickt und liegen über den Weg. Strichweise liegen die entwurzelten und glatt abgebrochenen Baumstämme in förmlichen Schlägen am Boden, und nur an der Regellosigkeit der Lagerung ist zu erkennen, daß nicht Holzhauer, sondern rohe Naturgewalten

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-848334-19140109016/fragment/page=0003

am Werke gewesen sind. An verschiedenen Stellen hatten die Bäume die Fernsprechleitungen zerstört und lagen quer über die Straßen.

Vom Oberharz, 7. Januar. (**Gewaltige Schneemengen**) finden sich im Oberharz noch, die verschiedene Verkehrsstörungen verursacht haben. In der Gegend von Torfhaus, Sonnenberg und an mehreren anderen höher gelegenen Punkten ragen die Telegraphenstangen nur einen Meter aus dem Schnee hervor. Ueber hundert Telegraphenarbeiter sind damit beschäftigt, die Drähte von den Eisanhängseln zu befreien. Ein Schneepflug, mit zehn Pferden bespannt, versucht, die Wege passierbar zu machen und Waldarbeiter in großen Kolonnen werfen die nachstürzenden Schneemassen zur Seite.

Kunst und Wissenschaft.

Hochschulnachrichten.

Dr. phil. Ernst August Ansel (aus Ulm) wurde als Privatdozent für Astronomie und angewandte Mathematik an der Universität Freiburg i. Br. zugelassen. — Der Assistentin an der Biologischen Versuchsstation für Fischerei in München Dr. Marianne Plehn ist der „Professortitel" verliehen worden. — Für das Fach des Staats- und Verwaltungsrechts habilitierte sich in Bonn der Gerichtsassessor Dr. jur. Franz Josef Sassen. Der neue Dozent ist 1882 in Odenkirchen (Rheinland) geboren.

2000 Mark für die Darstellung zwanzig aussichtsreicher und hoffnungsloser Frauenberufe. Das „Daheim" veröffentlicht in seiner Nr. 14 das Ergebnis seines neuesten Preisausschreibens, das der erwerbtätigen Frauenwelt durch die übersichtliche Darstellung zwanzig neuer Berufe zugute kommt. Den Preis von 2000 Mark hat die Oberlehrerin Anna Ramsauer in Hannover errungen. Sie gibt knapp und klar praktische Auskunft über Vorbildung, Ausbildung und Aussichten von zwanzig Frauenberufen, die nicht zu den alltäglichen gehören. — Ein Blick in den sonstigen Inhalt der Nummer beweist, wie rege das altberühmte Blatt dem Leben der Gegenwart dient. Romane zweier so vortrefflicher Erzähler wie Paul Oskar Höcker und Viktor von Kohlenegg bilden den belletristischen Teil. Der Höckersche Roman „Das flammende Kätchen" beginnt in der vorliegenden Nummer, der Kohleneggsche „Die drei Lieben der Dete Voß" wird fortgesetzt.

Theater und Musik.

Bühnenchronik.

Hermann Sudermann ist in Hamburg eingetroffen, um die ersten Proben seines neuen Dramas „Lobgesang des Claudian" zu leiten, das am 20. Januar am Deutschen Schauspielhaus seine Uraufführung erleben wird. Alex Otto inszeniert das Drama.

Am 23. Januar wird ein neues Drama Gabriele d'Annunzios „Das Eisen" im Teatro Valle zu Rom aufgeführt werden.

Anna Glenk, die Heroine des Münchener Kgl. Schauspielhauses, hat sich mit dem in Hannover ansässigen nationalliberalen Reichstagsabgeordneten und Rechtsanwalt Meyer, einem Sohn des Geh. Kommerzienrats Gerhardt L. Meyer, verlobt. Die Verlobung hat insofern einen interessanten Hintergrund, als die Künstlerin wegen ihrer demnächstigen Verheiratung bei der Intendantur des Münchener Kgl. Schauspielhauses um ihre Entlassung einkam, die aber nicht gewährt wurde. Fräulein Glenk wird trotzdem nicht mehr nach München zurückkehren. Bis vor zwei Jahren war sie Mitglied des Hannoverschen Hoftheaters.

Abgewiesene Empfindlichkeiten. Der Kapellmeister des Mannheimer Hoftheaters, Bodanzky, hatte gegen den Musikreferenten der Mannheimer „Volksstimme", Dr. Egel, Klage erhoben, weil dieser bei der Besprechung eines Konzerts, in dem Bodanzky wegen Unruhe des Publikums abgeklopft hatte, den Vorwurf machte, er habe taktlos gehandelt. Vom Amtsgericht wurde jetzt die Klage des Hofkapellmeisters kostenpflichtig abgewiesen mit der Begründung, daß Dr. Egel in Wahrung berechtigter Interessen gehandelt habe.

Vermischtes.

Die Erwerbsaussichten in sozialen Berufen. „Ist es praktisch, wenn sich unsere Tochter einem der sozialen Berufe widmet?" — diese Frage wird immer häufiger von sorgenden Eltern erörtert, je deutlicher die Entwickelung der sozialen Tätigkeit dahin geht, aus einem ganzen oder halben Ehrenamt zu einem das Leben ausfüllenden Beruf zu werden. Angesichts dieser Entwicklung weist Adelheid von Bennigsen in der illustrierten Wochenschrift „Die Deutsche Frau" (Verlag der „Deutschen Frau" [Velhagen & Klasing], Leipzig) mit Recht darauf hin, daß nur die auf Erfolge rechnen können, die sich den sozialen Berufen mit ganzem Herzen widmen und vor allen Dingen eine vielseitige und gründliche Ausbildung aneignen. Mit dem bloßen guten Willen ist es nicht mehr getan. Der Unterricht einer sozialen Frauenschule muß hinzukommen. Nur er kann die Gewähr bieten, daß der neue Frauenberuf einer hoffnungsvollen Zukunft entgegensieht. Geht gründliche Ausbildung voraus, so darf — nach den bereits gemachten günstigen Erfahrungen — mit Recht manchen pessimistischen Ansichten über die Erwerbsaussichten des neuen Berufs entgegengetreten werden. Sie entspringen wohl vielfach Erfahrungen, wie sie gemacht wurden durch Leiterinnen von großen Vermittlungen. Denn es liegt die Gefahr nahe, daß nicht oder nur ungenügend Vorbereitete es mit diesem Beruf versuchen wollen, der noch keiner ganz bestimmten Norm für Ausbildungsbedingungen unterworfen ist. Sind aber die Vorbedingungen, wie sie von den bereits mehrfach vorhandenen sozialen Frauenschulen und ähnlichen Anstalten gestellt werden, erfüllt, ist körperliche und seelische Gesundheit, Berufskraft und fester Wille vorhanden, so sollte man die gebildete weibliche Jugend nicht abhalten von dem ernsten Entschluß, gerade diesen Beruf zu ergreifen.

Karneval in München. Das Internationale öffentliche Verkehrsbureau in Berlin, Unter den Linden 14, schreibt uns: In Bayerns Hauptstadt hat, wie alljährlich, kurz nach Neujahr ein fröhliches Faschingstreiben eingesetzt, das in diesem Jahre bis zum 24. Februar währt. Eine außerordentlich große Zahl von Festlichkeiten wechselt in dieser kurzen Zeit in bunter Folge, so daß sich dem Besucher reichlich Gelegenheit bietet, einen Einblick in das vielgepriesene Münchener Karnevalsleben zu gewinnen. Die zahlreichen Künstler, die sich das schöne Isarathen zum Aufenthalt gewählt haben, tragen dazu bei, diesen Veranstaltungen eine eigenartige künstlerische Note zu verleihen. Als Festlichkeiten dieser Art sind u. a. besonders hervorzuheben die farbenprächtigen Veranstaltungen im Deutschen Theater, die Narrhallafeste, die Schwabinger Bauernkirchweih, das Bacchusfest des akademischen Kunstvereins, die Weidenfelser Sommerfrische, der Gauklertag, das Atelierfest des Künstler-Sängervereins u. a. m. Außerdem finden Redouten, Bal parés, karnevalistische Abende, Faschingsunterhaltungen, Maskenreunions in reicher Auswahl statt.

Der unbekannte Friedensstifter. Aus Gießen wird der Frankf. Zeitg. folgendes Geschichtchen erzählt: Zu einem wohlhabenden, sogar in dem sogen. Millionenviertel auf der Südanlage wohnenden Rentner kam dieser Tage der Verwalter der kirchlichen Gemeinde, zu der jener gehört, um einen kleinen Beitrag bei ihm einzukassieren. Sei es nun, daß der Herr Rentier, ein älterer Junggeselle, von der Friedensstimmung des Weihnachtsmonats noch nicht genügend ergriffen war, sei es, daß eine gewisse Sentimentalität, wie sie einsame Menschenkinder um diese Zeit zu befallen pflegt, in nervöse Gereiztheit umgeschlagen war — genug, wegen einer Bagatelle kam es zu einem Streit zwischen dem Herrn Rentier und dem Herrn Verwalter. Ein Wort gab das andere. Sogar die für Mittel- und Norddeutschland neu entdeckte Bezeichnung „Wackes" soll gefallen sein. Schließlich wurde der Verwalter sehr unsanft zur Türe hinausgewiesen. Der Schwerbeleidigte eilte spornstreichs zum Sühnegericht. Ein Termin wurde angesetzt. Der beklagte Rentier erschien nicht. Die Beleidigungsklage ging weiter ans Amtsgericht. Und im Januar d. Js. wäre Gießen um eine „sensationelle" Schöffengerichtsverhandlung reicher gewesen. Zum Glück lebt aber in Gießen ein Fabrikant, der in einer „Hexenküche" allerlei Verjüngungs- und Versöhnungs-Tränke zusammenbraut und deshalb einfach der „Chemiker" genannt wird. Dieser bestellte durch einen Schreibebrief den grollenden Verwalter in das geheime Kabinett seines Privatkontors . . . „Der Beklagte trägt die Kosten des Sühnetermines und des Amtsgerichts, verpflichtet sich außerdem, eine Buße in der und der Höhe an die Stadtarmen zu zahlen." — Mein Liebchen, was willst du noch mehr? Spornstreichs eilte der Kläger zum Amtsgericht. Schmunzelnd nahmen die auch schon weihnachtlich gestimmten gestrengen Herren von der Zurücknahme der Klage Kenntnis. Der Friede war gerettet. Die Weihnachtsfeierklänge konnten diesmal ganz glockenrein ertönen . . . Aber nun kommt das dicke Ende: Der Fabrikant hatte von dem verklagten Rentier gar keinen Auftrag, Frieden zu stiften. Der Beklagte weigert sich, sowohl die Kosten als auch nur einen Pfennig an die Armen zu zahlen. Und die Folgen der friedensvermittelnden Tätigkeit des Fabrikanten? Erstens: Die Klage gegen den Rentier wird von neuem erhoben. Zweitens: Der Rentier verklagt den Fabrikanten, weil er seine Nase in Dinge steckt, die ihn nichts angehen. Drittens: Der Verwalter verklagt den Fabrikanten wegen Vorspiegelung falscher Tatsachen. Also statt der einen verhindert werden sollenden Klage drei neue Klagen! — Der Friedensengel verhüllt trauernd das Haupt . .

104 Jahre alt wird am 11. Januar eine Münchenerin, Frau Cerdula Burger. Vor einigen Jahren war die Dame noch recht frisch und gesund; jetzt kränkelt sie und kann nicht mehr recht gehen und sehen.

Letzte Depeschen.

Oberst v. Reuter vor dem Kriegsgericht.

Straßburg, 8. Januar.

Verteidiger Rechtsanwalt Grossart führt in längerer Rede aus, daß dem Obersten von Reuter großes Unrecht geschehen sei. Man müsse lebhaft beklagen, daß der Zaberner Angelegenheit eine politische Note gewalttätig aufgedrängt worden sei und im Reichstage niemand Mann genug gewesen sei, mit dem Reichskanzler zu sagen: Wartet ab, es steht Aussage gegen Aussage, das Gericht wird die volle Aufklärung bringen. Die Mahnrufe des Reichskanzlers und des Kriegsministers seien in dem Wutgeschrei der Parteien verhallt. Was in Zabern vorgekommen sei, sei nicht von den guten Elementen ausgegangen, sondern von Leuten, die nicht Frieden schaffen wollen und nur ihr eigenes Interesse im Auge haben. Man werde jetzt aufatmen und jeder intelligente Elsässer werde sich sagen, daß es nur

infolge der infamen Aufbauschung und Entstellung

des wahren Sachverhalts, gestützt auf die Artikel des „Zab. Anzeigers", soweit kommen konnte. Es sei ein Schimpf für Zabern, daß am hellen Tage auf offener Straße Offiziere der deutschen Armee in der kränkendsten Weise beleidigt und belästigt worden seien. Der Verteidiger vertritt auf Grund der einschlägigen gesetzlichen Bestimmungen und militärischen Dienstvorschriften den Standpunkt, daß der Oberst v. Reuter nicht nur subjektiv, sondern auch objektiv zu seinen Maßnahmen berechtigt war. Er war auch im Recht, als er die Verhafteten zurückbehielt, da es galt, den Tatbestand einwandfrei festzustellen, was bisher nicht möglich gewesen sei. Der Oberst sei nicht der wildgewordene Soldat, der sich auf das Bürgertum stürzt, sondern nur in ehrlicher Ueberzeugung bestrebt, die Ordnung wieder herzustellen, die in unverantwortlicher Weise gestört worden war. Freilich war das Verhältnis zwischen Oberst und Kreisdirektor nicht so, wie es sein soll, doch ist

die Person des Herrn von Reuter in jeder Weise einwandfrei.

Der Oberst sei ein Mann, vor dem man Achtung haben müsse, man dürfe einen so verdienten Offizier, der seit 35 Jahren seinem Kaiser tadellos gedient habe, nicht ins Gefängnis stecken, weil er glaubte, berechtigt zu sein, das Ansehen der deutschen Armee zu wahren. — Der Verteidiger berührt in Kürze den Fall Kormann. Dieser Zeuge behauptet, von Leutnant Schadt geschlagen worden zu sein und einen Backenzahn verloren zu haben. Von dem Vorfall habe niemand etwas gesehen und Behauptung stehe gegen Behauptung. Der Redner ist überzeugt, daß die sog. „öffentliche Meinung" nach dem Ergebnis des Prozesses umschwenken werde. Der Verteidiger beantragt die vollständige Freisprechung des Angeklagten von Reuter, wie auch des Angeklagten Schadt, der nur dem Befehl gemäß gehandelt habe.

In einem Schlußwort tritt der Angeklagte Oberst von Reuter dafür ein, daß bei allem, was vorgekommen, nur ihm, nicht seinen Offizieren, Unteroffizieren und Mannschaften die volle Verantwortlichkeit treffe. Auch heute noch habe er den Eindruck, daß er gezwungen gewesen sei, so zu handeln, wie er tat, und daß er genau nach den Vorschriften gehandelt habe und in bitterer Notwendigkeit. Auch gesetzlich gerecht sei sein Handeln gewesen, denn hätte er die Leute aus dem Keller an jenem Abend noch freigelassen, so wären Ruhestörungen und vielleicht Blutvergießen sicher gewesen und das sei so verhütet worden. So habe er in dieser Hinsicht seine Pflicht und Schuldigkeit getan.

Leutnant Schadt betont, daß er getan habe, was er für recht hielt und für notwendig, um die Ruhe herzustellen.

Die Verkündung des Urteils

wird ausgesetzt und wegen der notwendigen Prüfung verschiedener schwieriger Rechtsfragen erst am Sonnabend vormittag um 10 Uhr erfolgen.

Um 1 Uhr 45 Min. wird die Sitzung geschlossen.

Das Präsidium des Herrenhauses.

Berlin, 8. Januar.

Auf Vorschlag des Herzogs v. Trachenberg ist das bisherige Präsidium des Herrenhauses: v. Wedel-Piesdorf: Präsident, Exzellenz Becker: 1. Vizepräsident, Freiherr v. Landsberg: 2. Vizepräsident, durch Zuruf wiedergewählt worden.

Begnadigungen im Jubiläumsjahr.

Berlin, 8. Januar.

Aus Anlaß des Regierungsjubiläums des Kaisers sind in 525 Straffällen wegen Zuwiderhandelns gegen die Zollgesetze und die geltenden Vorschriften über indirekte Reichs- und Landesabgaben 612 Personen begnadigt worden. Insgesamt sind rund 38 286 Mark Geldstrafe und 7211 Mark Wertersatz sowie 9 Monate 25 Tage Gefängnis erlassen worden.

Das Urteil im Mordprozeß Mühlau.

Berlin, 8. Januar.

Der Hotelbesitzer Wilhelm Mühlau, der in der Nacht von 23. August 1913 den Schlächtermeister Sledz getötet hatte, ist nach dreitägiger Verhandlung vor dem Schwurgericht wegen Körperverletzung mit tödlichem Erfolg zu 2 Jahren Gefängnis verurteilt worden.

Beisetzung der Königinwitwe von Schweden.

Stockholm, 8. Januar.

Die Beisetzung der Königinwitwe Sophie von Schweden fand heute von der Schloßkapelle aus statt, in der sich eine glänzende Versammlung, bestehend aus den Mitgliedern des diplomatischen Korps, den Ministern, den Hofbeamten und den höheren Zivil- und Militärbeamten, eingefunden hatte. Während die Orgel einen Trauermarsch spielte, traf die schwedische Königsfamilie ein, gefolgt von der dänischen Königsfamilie, von den Vertretern des deutschen Kaisers, des Königs von England, der Königin der Niederlande, des norwegischen Königspaares, der Großherzogin von Baden, der Großherzogin von Luxemburg und der Herzogin von Albany. Oberhofprediger Bischof Billing hielt die Trauerrede

Bevorstehende Lösung der Inselfrage.

Rom, 8. Januar.

Die „Tribuna" schreibt, daß die Antwort des Dreibundes in der Frage der ägäischen Inseln nahe bevorstehe. Sie wird aber weder heute noch morgen überreicht werden können. Zwischen den Mächten des Dreibundes herrscht in den wichtigsten Punkten vollständiges Einvernehmen. Es bleibt nur noch festzusetzen, wem Samothrake zuerkannt werden soll. — Der Handstreich Izzet Paschas sei als gescheitert anzusehen.

Der Streik der Eisenbahner in der Kapkolonie.

Kapstadt, 8. Januar.

Heute vormittag 11 Uhr war die Lage im Eisenbahnerstreik folgende: In der Kapkolonie, in Natal und der Oranje-Riverkolonie wird gearbeitet. In Transvaal arbeitet das Zugpersonal. Die Arbeiter der Werkstätten sind teilweise in den Ausstand getreten, teilweise bereiten sie den Streik vor.

„Z. 7" gelandet.

Friedrichshafen, 8. Januar.

Das Militärluftschiff „Z. 7" ist um 1 Uhr 30 Min. wieder glatt vor der hiesigen Halle gelandet.

Oeffentlicher Wetterdienst.

Dienststelle Ilmenau,
Donnerstag, 8. Januar, 8 Uhr morgens.

Luftdruckverteilung und Wetterlage in Europa.

Der gestern sich über Skandinavien erstreckende Keil hohen Drucks liegt heute über Finnland, während das Tief von Island nach Süd-Norwegen vorgedrungen ist. Westlich von Island scheint ein neues Tief heranzuziehen, das starke Erwärmung mit sich bringt und wieder Tauwetter und Niederschläge verursachen dürfte.

Witterungsaussicht für den 9. Januar:

Bedeckt, Regen und Schnee, Tauwetter, später kälter.

Rauhreiflandschaft — Bobsleighsportfest.

Vom Brocken, 7. Januar

(Originalbericht. Nachdruck verboten.)

Seit Anfang der Woche herrscht in der Ebene Tauwetter mit Regenschauer, die besonders im Oder- und Elbgebiete ergiebig waren. Auch in Süddeutschland hat die Kälte an Strenge nachgelassen und sind in der Nacht Schneefälle eingetreten, doch herrscht daselbst noch schwacher Frost. — Die in dem letzten Berichte ausgesprochene Vermutung, daß starke Schneefälle eintreten würden, hat sich bestätigt. Am Montag und Dienstag hatten wir bei niedrigem Luftdruck (645 mm) fortgesetzt dichten Nebel, 2—6 Grad Kälte, starke bis stürmische Winde aus vorwiegend westlicher Richtung und Schneefälle. Das Schmelzwasser an frisch gefallenem Schnee beträgt in den letzten 48 Stunden ungefähr 21 Millimeter; dem entspricht eine Erhöhung der Schneedecke an geschützten Stellen um etwa 6—9 Zentimeter.

Reichlich entschädigt für alle Mühe wird man aber durch die prachtvolle Winterlandschaft, deren Schönheit gerade durch den vielgeschmähten, ständigen Brockennebel geschaffen wird, da dieser die Ursache der starken Rauhreifbildung hier oben ist. Es betrugen die höchsten Temperaturen am 5. und 6. Jan. —2 und —3,2 Grad C., während die tiefsten —4,6 und —6,4 Grad C. waren. Heute morgen 8 Uhr Barometerstand 652 mm (steigend), Temperatur —6 Grad C., starker Nordwestwind, Windstärke 6, und zuweilen geringer Schneefall.

Wir haben im Brockengebiet zunehmende Kälte und mäßige Schneefälle bei vorwiegend nordwestlichen Winden zu erwarten. Der Wintersport steht im Oberharz augenblicklich in voller Blüte, man sieht Touristen mit allen möglichen Sportgeräten Uebungen ausführen. Der Schneereichtum in letzter Zeit hat überall das wintersportliche Leben sehr gefördert. Auch die meteorologischen Beobachtungen an den Schneemessern sind infolge der Schneeverwehungen sehr schwierig.

Nur noch 10 Tage trennen uns von dem in Schierke stattfindenden Wintersportfest. Es ist mit der Bahn nun auch für Norddeutschland eine Gelegenheit geschaffen, den aufregenden Bobsleighsport zu kultivieren.

Johanneser Kurhaus b. Zellerfeld i. Oberharz, 8. Januar. Neuschnee, Schneehöhe 60 Zentimeter; Ostwind; 2 Grad Kälte; Skiföre, Rodelbahn, Schlittenbahn vorzüglich. — Das Winterfest des Oberharzer Skiklubs findet am Sonnabend und Sonntag statt. Die Sprungschanze, wo am Sonntag vormittag die Wettsprünge stattfinden, liegt 20 Minuten vom Johanneser Kurhaus.

Verantwortlich für den politischen Teil: Siegfried Dyck; für den örtlichen Teil, für Provinzialnachrichten, Gericht, Handel: Eugen Brinkmann; Feuilleton, Vermischtes usw.: Martin Feuchtwanger; für Ausland u. letzte Nachrichten: Dr. Karl Baer; für den Anzeigenteil: Albert Barth; Druck und Verlag von Otto Hendel. Sämtlich in Halle.

— Diese Nummer umfaßt 8 Seiten — einschließlich Unterhaltungsblatt.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-848334-19140109016/fragment/page=0004

Bank für Handel und Industrie (Darmstädter Bank) Filiale Halle a. S.,
Alte Promenade 3, gegenüber dem Stadttheater.
Aktienkapital und Reserven: 192 Millionen Mark.

Handel, Gewerbe u. Verkehr.

Berliner Börse.

(Telephonischer Bericht der „Saale-Ztg.")

3 Uhr 10 Minuten. Kredit 204, Diskonto 187,75, Deutsche Bank 251,50, Türkenlose 169,75, Lombarden 22,37, Kanada 216, Laurahütte 156,25, Bochumer Guss 218,25, Gelsenkirchen 187,62, Harpener 177,50, Deutsch-Luxemburg 136,62, Phönix 238,25, A. E.-G. 240,37, Hamburger Paketfahrt 134,75, Nordd. Lloyd 117,75, Hansa 276,25. Tendenz: Fest.

Am Kassamarkt notierten höher: Deutsche Schachtbau-Ges. 4, Dortmunder Germaniabrauerei 2, D. D. Magirus 2, Freund Maschinen 3, Sächs. Webstuhlfabrik 2, Sangerhausen Masch. 4,50, Deutsche Gasglühlicht 7,50, Ludwig Hupfeld 4,60, Kaiserkeller 2, Rosenthal Porzellan 2, Rhein. Spiegelglas 2, Siemens Glas 2,75, Ver. Lausitzer Glas 2, „Porta" Zement 3½, Höxter Zement 5,25, Albert chem. Fabrik 3, Griesheim Elektron 2,40, Anhalter Kohlen 2,25, Thale St.-Pr. 2, Ilse Bergbau 5, Milowicer 4,50, Rhein-Nassau 4; niedriger: Berliner Unionsbrauerei 2,25, Brauerei Friedrichshain 2,50, Julius Berger 2, Adler Fahrrad 4, Bremer Vulkan 2, Daimler Motoren 2,75, Kappel Maschinen 2,50, Kronprinz Metall 6,50, Luther Maschinen 3, Nürnberger Herkules 2, Hilgers 2, Kruschwitz Zucker 7,90, Karl Lindström 2,50, Nordd. Steingut 3, Akkumulatorenfabrik 9, Bergmann Elektr. 2, Lindener Weberei 4, Badische Anilin 2,50, Elberfelder Farben 2,50.

*

Zum Kurszettel. Berlin, 8. Januar. 4% Badische Staats-Anleihe 08/09 unk. 18 96,60bB. 4% Bayrische Staats-Anl. 96,80 B. 4% Bayrische Staats-Anleihe 08 unk. 1918 96,80 B. 4% Schwarzburg-Sondershausen — —. 3½% Württemb. Staats-Anleihe 81-83 83,75 G. 3% Kameruner Eisenbahn-Anteile — — 3½% Deutsch-Ostafrikanische Schuldverschr. gar. — —. 4% Cottbuser Stadt-Anleihe 1900 96,75G. 4% Darmstädt. Stadt-Anl. 1909 unk 16 94,20 b 3½% Dessauer Stadt-Anleihe 1896 — —. 4% Düsseldorfer Stadt-Anleihe 1900, 07, 08, 09 94,75bB. 4% Jenaer Stadt-Anl. 1909 — —. 3½% Jenaer Stadt-Anl. 1902 — —. 4% Nordhäuser Stadt-Anleihe 1908 unkv. 1919 — —. 4% Quedlinburger Stadt-Anleihe 1903 unk. 1918 — —. 4% Thorner Stadt-Anl. 1909 unk. 19 — —. 4 proz. Hessische Komm.-Obl. X-XII 96,70 G. 3½% Oesterreichische Nord-Westbahn-Obligationen 1874 konv. — —. 4½% Deutsche Solvay-Werke 100.25G. 4½% Elberfelder Farben unk. 1917 102.50 G. Felten & Guilleaume-Lahmeyer 06, 08 96.75bG. Vereinigte Lausitzer Glashütten 380.30bG.

Londoner Börse vom 8. Jan. **Es notierten:** Engl. Konsols 71.75, Rio Tinto 68,12, Geduld 1.03, Goldfields 2.00, Steel com 60,50, Steel prefs. —.—, Rand Mines 5,59, Anaconda 7.25, Eastrand 1,93, Chartered 0,90, Aurora West 0,40, Cinderella Cons. 0,25, Johannesburg Goldfields 0,09, Van Ryn 3.62, Albus (Generals) 0,50, Rand Collieries 0,09, West Rand Consols 7/6, General Mining & F. 0.50, A. Görz & Co. 13/32, Modderfontain 11.56.

Der Kali-Kuxenmarkt.

Berlin, den 8. Januar.

	Käuf.	Verk.		Käuf.	Verk.
Alexandershall	7900	8150	Hüpstedt	2450	2550
Bergmannssegen	4800	5200	Johannashall	—	2700
Bernsdorf	—	—	Justus-Aktien	78%	80%
Burbach	8700	8900	Kaiseroda	5500	6000
Buttlar	75	—	Krügershall	105%	107%
Carlsfund	4000	4200	Mariaglück	1350	1400
Carlsglück	325	375	Max	3000	3100
Fallersleben	1175	1225	Neusollstedt	3000	3150
Felsenfest	2525	3000	Neustassfurt	10600	11000
Glückauf	16600	17400	Reichenhall	1145	1175
Günthershall	4350	4450	Richard	—	—
Hansa-Silberberg	4600	4800	Ronnenberg	86%	88%
Hedwig	1125	1175	Rothenberg	2175	2250
Heiligenmühle	875	925	Salzdetfurth	290%	350%
Heiligenroda	9300	9450	Teutonia	59%	62%
Heldburg	31½	33%	Walter	1275	1325
Heldrungen	750	800	Wilhelmine	—	—
Hertha-Neurungen	2000	2200	Wilhelmshall	7350	7600
Hohenfels	3550	3700	Wintershall	17250	18500
Hugo	7250	7550			

Die Mitteldeutsche Privat-Bank A.-G., Filiale Halle, macht im Inseratenteil auf ihre Privat-Tresors aufmerksam.

Magdeburger Mühlenwerke, Nudel- und Couleurfabrik in Magdeburg. Die Generalversammlung setzte die Dividende antragsgemäss auf 3½ Proz. fest. Ueber die Aussichten für das laufende Jahr äusserte sich der Vorstand dahin, dass diese allgemein nicht ungünstig seien. In das neue, am 1. Oktober begonnene Betriebsjahr sei das Unternehmen mit einem gegen das Vorjahr erhöhtem Auftragsbestand eingetreten. Der Absatz sei bei guten Preisen bislang befriedigend, obwohl die Kundschaft Zurückhaltung zeige. Der Umsatz im ersten Quartal des neuen Geschäftsjahres habe sich im Vergleich zur selben Zeit des Vorjahres um etwa 10 Proz. gehoben.

In Weissenfels ist die Schuhfabrik Hermann Hoffmann insolvent geworden.

Das Niederlausitzer Braunkohlenbrikett-Syndikat gegen die „Ilse"-Bergbau-Akt.-Ges. Wie die „Voss. Ztg." hört, ist es wahrscheinlich, dass das Niederlausitzer Braunkohlenbrikett-Syndikat seine Preise für die I. Brikettklasse für die Zeit vom 1. April 1914 bis 1. April 1915 für Gross-Berlin in weitem Umfange ermässigen wird. Dieses Vorgehen richtet sich zweifellos gegen die „Ilse"-Bergbau-Akt.-Ges., die durch ihr Verhalten das Syndikat zu dieser Massnahme veranlasst.

Stahlwerksverband und preussische Schienenbestellungen. Zu den Börsengerüchten über einen preussischen 100 Millionenauftrag beim Deutschen Stahlwerksverband verlautet, dass es sich dabei nicht etwa um einen besonderen Auftrag, sondern um die üblichen etatsmässigen Bestellungen der preussischen Staatsbahnverwaltung handelt, die dem Stahlwerksverband alljährlich zugehen und die hauptsächlichste Grundlage seiner inländischen Beschäftigung in schwerem Oberbaumaterial und Kleineisenzeug bieten. Soweit sich bis jetzt übersehen lässt, würde der Auftragsbestand des Verbandes für das kommende Etatsjahr sich im grossen und ganzen im Rahmen des letztjährigen bewegen. Was die Preise anbetrifft, so steht der Minister noch in Unterhandlungen mit dem Verband. Man hat sich noch nicht geeinigt. Der Minister verlangt im Hinblick auf die abgeschwächte Konjunktur einen Nachlass auf die Preise.

Zum Geschäftsgang in der elektrischen Industrie teilte in der Generalversammlung der Elektrizitäts-A.-G. vorm. Schuckert & Co. auf Anfrage Generaldirektor Geheimrat Petri mit, die Verkaufspreise in der Elektrizitätsindustrie hätten noch nicht die wünschenswerte Höhe erreicht, so dass im Verhältnis zum Umsatz nicht genügend verdient werde. Die im Geschäftsbericht der Siemens-Schuckert-Werke festgestellte Wendung habe bis heute erfreulicherweise angehalten. Es bestehe alle Aussicht, dass es nicht schlechter werden wird.

„Union", Fabrik chemischer Produkte zu Stettin. In der Generalversammlung, in der ein Aktienkapital von 5 110 200 Mk. vertreten war, wurde den Vorschlägen der Verwaltung entsprechend die Ausschüttung einer sofort zahlbaren Dividende von 18 Proz. beschlossen. Kommerzienrat Kaesemacher wurde einstimmig neu in den Aufsichtsrat berufen. Auf Anfrage eines Aktionärs teilte die Verwaltung über die Aussichten für das laufende Jahr mit, dass das Geschäft, wie in der gesamten Industrie, so auch bei der Gesellschaft wesentlich ruhiger sei als zur gleichen Zeit des Vorjahres. **Auf das erhöhte Kapital sei für** das laufende Jahr mit einer um einige Prozent niedrigeren Dividende zu rechnen. Den Preis, den die Gesellschaft für die Superphosphatfabrik in Heiligensee an den Scheidemandel-Konzern bezahlt habe, wollte die Verwaltung nicht nennen. Er würde aus dem etwa 1,9 Mill. Mk. betragenden Bankguthaben gezahlt werden. Eine neue Kapitalserhöhung sei für absehbare Zeit nicht geplant. Von den in der Bilanz ausgewiesenen Debitoren sei etwa die Hälfte inzwischen eingegangen.

Aluminium-Industrie-Akt.-Ges. Die andauernde Aufwärtsbewegung des Aktienkurses hängt mit der Erwartung eines recht günstigen Jahreserträgnisses zusammen. Die Umsätze waren im vergangenen Jahre wesentlich grösser und die anhaltende Festigkeit des Aluminiumpreises liess einen recht befriedigenden Nutzen. Trotzdem rechnet man in Verwaltungskreisen mit der Verteilung einer Dividende von nur wieder 20 Proz., dagegen dürfte dem Aktien-Vollzahlungsfonds in diesem Jahre eine bedeutend grössere Summe (600 000 Mk. i. V.) überwiesen werden.

Eine Rückwirkung des Balkankrieges. Aus Regensburg wird gemeldet: Die Deutsche Industrie-Akt.-Ges., an der Thurn und Taxissches Kapital beteiligt ist, konnte den Betrieb der Belgrader Zuckerfabrik infolge der Balkanwirren nur notdürftig aufrecht erhalten und schliesst für den 30. Juni 1913 mit 508 530 Mk. Verlust ab gegen 42 040 Mk. Gewinn für 1911/12. Nach Aufzehrung des Gewinnvortrages von 314 890 Mk. und der Reserve ergibt sich ein Verlustvortrag von 156 488 Mk. bei 1,4 Mill. Mk. Aktienkapital. Auch das neue Jahr sei nicht befriedigend.

Neuburger gegen den Fürsten zu Fürstenberg. In der Klage des Liquidators der Firma Carl Neuburger gegen den Fürsten zu Fürstenberg, worüber seinerzeit berichtet wurde, war auf Donnerstag vormittag der erste Verhandlungstermin anberaumt worden, der indessen der Vertagung anheimfiel. Wie wir hören, ist ein neuer Schriftsatz eingerichtet worden. Der Anspruch der Neuburgerschen Liquidationsmasse erstreckt sich zunächst auf 100 000 Mk. Der Gesamtanspruch ist bedeutend grösser.

Wanderer-Werke, vorm. Winklhofer & Jaenicke Akt.-Ges. in Schönau bei Chemnitz. Dem Geschäftsbericht ist zu entnehmen, dass, obwohl das neue Kapital diesmal voll mitgearbeitet hat (es handelt sich um 3,8 Mill. Mk., die der Gesellschaft durch die Anfang 1912 vorgenommene Kapitalserhöhung zugeflossen sind), sich der Bruttogewinn der Fabrikation doch nur auf 2,53 (2,40) Millionen Mark stellte. Die Unkosten erhöhten sich auf 0,81 (0,61) Mill. Mk. Nach Abschreibungen im Betrage von 0,45 (0,41) Mill. Mk. stehen einschliesslich des Vortrages 1,38 (1,39) Millionen Mark zur Verfügung. Die Gewinnverteilungsvorschläge sind bereits ausführlich bekannt gegeben worden. U. a. sollen 24 (27) Proz. auf das nunmehr voll dividendenberechtigte Aktienkapital zur Verteilung gelangen. In dem Bericht wird hinsichtlich der Aussichten erwähnt, dass für das neue Geschäftsjahr Bestellungen auch für Fahrräder, Motorräder, Schreibmaschinen usw. in erhofftem Umfange eingegangen seien. Falls nicht eine Verschlechterung der jetzigen allgemeinen Geschäftslage oder sonst nicht vorhergesehene Zwischenfälle eintreten, erhofft die Verwaltung wieder ein befriedigendes Ergebnis.

Neueröffnete Konkurse. Kaufmann G. H. Markt, Berlin. Bautechniker K. Finke, Berlin-Reinickendorf. Pelzhändler Hermann Jacoby, Charlottenburg. Kaufmann Julius Fehlguth, Neukölln. Fa. Reichel & Richter, Ahlen. Schnittwarenhandlung Amalie Anna verehel. Tittel geb. Görne, Oeising. Schuhmachermeister Anton und Marie geb. Koitalla Reissschen Eheleute, Berent. Baugeschäftsinhaber Paul Holler, Chemnitz-Gablenz. Bauunternehmer Wilhelm Lücker, Krefeld. Dieckmann & Co., Dortmund. Kaufmann K. F. E. Pause, Dresden. Kaufmann Richard Reinemann, Eisenach. Kaufmann E. H. J. Spethmann, Friedrichstadt. Bauerseheleute Johann und Rosine Stiefel, Schneckenweiler. Bauunternehmer Hermann Broder, Havelberg. Kaufmann Ferdinand Laupichler, Kolberg. Kaufmann Oskar Fraenkel, Leipzig. Kaufmann Bernhard Ksinsk, Lissa. Tiefbauunternehmer Konrad Essert, Mannheim. Handel m. Chiel Zucker, München. Schuhwarenhändler Felix Odrowski, Neukölln. Kolonialwarenhändler A. Schraer, Eschendorf. Kaufmann Maximilian Nelde, Arnsdorf. Geschirrhändler Hermann Micheel, Stargard i. Pomm. Kaufmann (P. H. E. Kehrer, Werdau. Fa. Hans Schoch, Würzburg. Zimmermeister O. Pflüger, Meilen. Konditormeister Paul Alfred Winkler, Zschopau.

Waren und Produkte.

Getreide.

Berliner Produktenbörse, 8 Januar. Am Frühmarkt notieren Weizen inländ. 183,00—187,00 ab Bahn u. frei Mühle, Roggen loco 155.50 — — ab Bahn u. frei Mühle. Hafer, märkischer, mecklenburgischer pomm., preussischer, posenscher und schlesischer fein 169—183, mittel 153—168, gering — — russisch. und Donau mittel — —, gering — — — ab Bahn und frei Wagen. Mais, weisser Natal — —, amerik. mixed 159.00—162.00, runder 146—150 frei Wagen. Gerste, inländ Futtergerste, mittel und gering 138—140, gute 147.00—156.00, russische und Donau leichte 133—135, schwere 136.00—144.00 ab Bahn und frei Wagen. Erbsen, inländische u. ausländische Futterware mittel 160—168, Taubenerbsen 169—192 ab Bahn u. frei Wagen. Weizenmehl 00 22.00 27.00. Roggenmehl 0 und 1 19.00—21.40. Weizenkleie 10.50—11.00. Roggenkleie 10.10—10.60. Lupinen, blaue — —, gelbe — —. Wicken — — —. Seradella 11 — M.

Magdeburg, 8. Januar. (Amtl. Notierungen.) Die Notierungen verstehen sich für 1000 kg netto ab Station und frei Magdeburg. Weizen, engl. und Sommer- ruhig, gut 183—185. Roggen, inländischer still, gut 155—157. Gerste, hiesige Chevalier- lustlos, gut 170—175, feinste über Notiz, Land- gut 164—168, ausländische Futtergerste ruhig, gut 131—133. Hafer, inländ stetig, gut 166—169, mittel 161—165. Mais, runder schwach, gut 146—148.

Hamburg, 8. Januar. (Getreidemarkt). Weizen stetig ostholsteiner und mecklenburger 185—191,00. Roggen stetig mecklenbrg. u. altmärk. neuer 155—160.00, russ. cif. 9 Pud 10/15 Aug. —.—. Gerste stetig, südruss. cif. Nov. 112.25. Hafer ruhig, neuer holsteiner und mecklenburger 155—162. Mais, ruhig, amerikanisch. mixed cif. per Jan.-April — —, La Plata cif. neue Ernte Dez.-Januar 108.00.

Liverpool, 8. Jan. Ruhig Roter Winterweizen per März 7—1¼, per Mai 7—0⅝. Mais matt, La Plata Januar — —, bunter amerik. Februar 4—9.

Budapest, 8. Januar. Weizen, Tendenz ruhig, per April 11.37 Mai 11.36, Oktbr. 10.66 Roggen, Tendenz fest, per April 8.66. Oktbr. 8.84. Hafer, Tendenz ruhig, per April 7,69. Oktbr. 7,58 Mais, Tendenz stetig. per Mai 6.55, Oktbr. 6.71.

Antwerpen, 8. Jan. Deutscher La Platazug, Kontrakt per Januar 6.15, Febr. 6.12½, März 6.07½, April 6.02½, Mai 6.00. Umsatz 60000 kg. Tendenz: ruhig.

Zucker.

Magdeburg, 8. Januar. Abend-Kurse. Januar 9.07½, Februar 9.17½, März 9,27½, Mai 9.47½, August 9,70, Oktbr.-Dezbr. 9,65. Tendenz ruhig.

Hamburg, 8. Januar. Rübenrohzucker, 1. Prod., Basis 88% Rendement neue Usance, frei an Bord Hamburg

	vorm.	nachm.	abends	
per Januar	9.12½	9.10	9.10	M.
„ Februar	9.20	9.20	9.20	„
„ März	9.32½	9.30	9.30	„
„ Mai	9.50	9.50	9.47½	„
„ August	9.72½	9.72½	9.72½	„
„ Okt.-Dez.	9.70	9.67½	9.65	„
	ruhig	ruhig	ruhig	

Kaffee.

Hamburg, 8. Januar. Godo average Santos

	vorm.	nachmittags	abends
per März	50.50 G.	50.75 G.	50.75 G.
„ Mai	51.50 G.	51.50 G.	51.50 G.
„ September	52.50 G.	52.75 G.	52.50 G.
„ Dezember	52.75 G.	52.75 G.	52.75 G.
	stetig	ruhig	behpt.

Rio de Janeiro, 8. Januar. Kaffee-Zufuhren 12000 Sack in Rio, 34000 Sack in Santos.

Havre, 8. Januar. Kaffee good average Santos per März 62.75, per Mai 63.25, per Sept. 64.25, Dez. 64.75. Stetig.

Kartoffelmehl und Stärke.

Magdeburg, 8. Januar. Prima Kartoffelstärke und Mehl für 100 kg 18.00—18.50. Stetig.

Fettwaren und Oele.

Originalbericht von Gebr. Gause.

Berlin, den 7. Januar 1914.

Butter: Der Konsum in allen Qualitäten ist schwach, und da die Zufuhren frischer Butter gross sind, konnten nur für allerfeinste Marken unveränderte Preise erzielt werden. Nach feinster russischer Butter ist der hohen Preise wegen wenig Nachfrage. Die heutigen Notierungen sind: Hof- und Genossenschaftsbutter Ia Qualität 130—132 Mk., do. IIa Qualität 124—130 Mk. — Schmalz: Trotz reichlicher Zufuhren verfolgten die Schweinepreise in Amerika steigende Richtung, wogegen die Schmalzpreise völlig unverändert blieben. Gebote auf Basis gegenwärtiger Preise für spätere Lieferung wurden abgelehnt. Die heutigen Notierungen sind: Choice Western Steam 62—63 Mk., amerik. Tafelschmalz Borussia 64,50 Mk., Berliner Stadtschmalz Krone 63,50—70 Mk., Berliner Bratenschmalz Kornblume 64 bis 70 Mk. — Speck: Geringe Nachfrage.

Köln, 8. Januar. Rüböl per loko 70.00, per Mai 67.50.

Hamburg, 8. Jan. Stadtschmalz 68,00, amerikan. Steam 64,00, Chamberlain 55,50.

Spiritus.

Nordhausen, 8. Jan. Branntwein 35 Vol. Proz. für 100 kg (104—105 l) 81.75—82.75 M., do. 40 Vol. Proz. für 100 kg (105 bis 106 l) 92.50—93.75 M. per loko 12 19 ohne Fass ab Brennerei.

Chemische Produkte.

Hamburg, 8. Jan. Chilisalpeter per loko 10.02½, Febr.-März 10.12½, frei Fahrzeug Hamburg. Tendenz: matt.

Wolle.

Bremen, 8. Januar. Baumwolle Upl. loko middl. 68.25.

Liverpool, 8. Jan. Aegypt. Baumwolle per März 9.59.

Liverpool, 8. Januar. Baumwolle, Umsatz 10 000 Ballen, Import 9 000 Ballen, davon amerik. Lieferg. 9 000 Ballen.

Metalle.

London, 8. Jan. Chili-Kupfer, k. stetig, 63⅝, 3 Mon. 64¼. Zinn, Straits, stetig 167, 3 Mon. 169, Blei span., fest 19, engl. 19¼, Zink, gew. Marke, fest 21 9/16, spez. Marke 22¼.

Amerikanische Warenmärkte.

Kabelmeldung via Azoren-Emden.

New York.	8. I.	8. I.		8. I.	8. I.
Weizen p. Mai	98¼	98½	Roggen loko	61½	61¾
„ „ Juli	94½	94½	Schmalz p. Jan.	10.80	10.62
Mais loko	68½	69⅝	„ „ Mai	11.12	10.97
Mehl Spring cl.	3.80	3.80	**New York**		
Chicago.			Petroleum in Cases	11.25	11.25
Weizen p. Mai	91¼	91¼	do. in Stard. Withe	8.75	8.75
„ „ Juli	87⅛	87¼	do. in Cred. Balanc.	200	200
Mais p. Mai	65¼	66⅜	Kaffee loko	9⅜	9⅛
„ „ Juli	63⅞	65⅝	„ p. Januar	9.04	8.82
Hafer p. Mai	39⅛	39½	„ p. März	9.38	9.10
„ „ Juli	38¼	38⅝			

Tendenz: Weizen —, Mais matt.

Wasserstände.

(+ bedeutet über, — unter Null.)

Saale und Unstrut.

					Fall	Wuchs
Artern	7. Jan.	+2,00	8. Jan.	+2,24	—	24
Nebra, Oberpegel	„	+2,48	„	+2,30	18	—
„ Unterpegel	„	+2,40	„	+2,20	20	—
Weissenfels, Oberpegel	„	+2,64	„	+2,66	—	2
„ Unterpegel	„	+1,16	„	+1,18	—	2
Trotha	7.	+2,76	8.	+2,94	—	18
Alsleben, Oberpegel	7.	+2,66	8.	+2,76	—	10
„ Unterpegel	„	+2,21	„	+2,54	—	33
Bernburg	„	+1,89	„	+2,13	—	24
Calbe, Oberpegel	„	+1,86	„	+1,94	—	8
„ Unterpegel	„	+1,72	„	+2,00	—	28

Iser. Eger. Elbe. Moldau.

	Januar		Fall	Wuchs		Januar		Fall	Wuchs
Jungbunzl.	7.	+0,1	8	—	Wittenberg	8.	+2,60	—	23
Laun	„	+0,22	1	—	Rosslau	„	+2,13	—	26
Budweis	„	−0,08	—	2	Barby	„	+2,60	—	30
Prag	8.	+0,55	—	—	Schönebeck	„	+2,40	—	25
Pardubitz	7.	−0,07	—	8	Magdeburg	„	+1,91	—	26
Brandeis	„	+0,50	—	—	Tangermde.	„	+2,75	—	18
Melnik	„	−0,40	—	3	Wittenbrge.	„	+2,28	2	—
Leitmeritz	8.	+0,43	2	—	Dömitz	7.	+1,82	4	—
Aussig	„	+0,63	6	—	Boizenburg	„	+1,78	5	—
Dresden	„	−0,66	2	—	Hohnstorf	8.	+1,89	7	—
Torgau	„	+1,60	—	26	Lauenburg	„	+1,89	4	—

Aussig, 8. Januar. Pegelstand +0,63 m. Vom Oberlauf werden 0,48 Fall gemeldet.

Mitteldeutsche Privat-Bank
Aktiengesellschaft.
Aktienkapital und Reserven 68.200.000.— Mark.
Filiale Halle a. S.
Fernsprecher Nr. 1382, 1383, 1692. — Poststrasse 12.
Privat-Tresors.
Fächer verschiedener Grösse zur Aufbewahrung von Wertpapieren, Dokumenten, Juwelen etc. auf beliebige Zeit.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-848334-19140109016/fragment/page=0005
DFG

Die Rubrik in Kursivschrift gibt die Zinstermine an. Es bedeutet:
1.Jan. 4 1.Apr. 7 1.Juli O 1.Okt. a 1.1.7. d 1.4.10. g 15.3.9. k 15.6.12. q_1 quartaliter 1.1.4.7.10.
1.Fbr. 5 1.Mai 8 1.Aug. N 1.Nov. b 1.2.8. e 1.5.11. h 15.4.10. l 1.6.12. q_2 do. 1.2.5.8.11.
1.Mrz. 6 1.Juni 9 1.Spt. D 1.Dez. c 1.3.9. f 1.6.12. i 15.5.11. v versch. q_3 do. 1.3.6.9.12.

Berliner Börse, 8. Jan. 1914

Umrechnungssätze: 1 Fr., Lire, Lev, Peseta: 80 Pf. — Oest. 1 fl. Gold: 2 M., Währ.: 1,70 M. — 7 fl. südd.: 12. — 1 fl. holl.: 1,70. — 1 M. Banco: 1,50. — 1 Kr.: 1,12½. — 1 Rbl.: 2,16. 1 Gold-Rbl.: 3,20. — 1 Peso: 4. — 1 Doll.: 4,20. — 1 Lstrl.: 20,40 M.
Berlin. Bankdiskont 5%, Lombardzinsfuß 6%, Privatdiskont 3¼%
Nachdruck verboten.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-848334-19140109016/fragment/page=0006
DFG